

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

239 (13.10.1921)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 5 M. monatlich. — Einzelheft 25 P.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Kuffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.40 M. Die Reklamezeile 4.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Der Völkerbund zerreißt Oberschlesien

### Die Freveltat des Völkerbundes gegen Oberschlesien und Deutschland ist verübt — Oberschlesien in zwei Teile auseinandergerissen — Der Völkerbund mißhandelt deutsche und europäische Interessen, nimmt die Frankreichs und Polens war — Einigkeit der Entente über den Völkerbundsstreich

Genf, 12. Okt. Das Völkerbundssekretariat gab heute abend folgende Mitteilung aus, in der die für die Lösung der Oberschlesischen Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt werden, ohne daß allerdings über die Lösung selbst Mitteilungen gemacht werden: Der Völkerbundrat hat seine Arbeiten über die Festschreibung der Grenze in Oberschlesien beendet. Ein Kurier, der heute abend nach Paris abgeht, wird Herrn Briand, amtierenden Präsidenten des Obersten Rates die Antwort des Völkerbundsrats auf die Einladung überbringen, die er am 12. August an den Rat richtete mit dem Ersuchen, dem Obersten Rat bei der Lösung des Oberschlesischen Problems Beistand zu leisten.

Bei der Prüfung dieses Problems mußte auf Grund der Bestimmung des Vertrages der Völkerbundrat sowohl die in der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Bevölkerung wie auch die geographische und wirtschaftliche Lage des Landes in Betracht ziehen.

Die erste Schwierigkeit ergab sich dadurch, daß die Bewohner, welche für Deutschland gestimmt hatten, und die Bewohner, die für Polen gestimmt hatten, eng miteinander vermischt lebten. Das Verhältnis ist zwar veränderlich, aber stets beträchtlich in den betreffenden Teilen des Gebietes, sowohl in geographischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Es war unmöglich, eine Grenze anzufinden zu machen, die nicht eine gewisse Anzahl von Personen, die für Deutschland gestimmt hatten, in polnischem Gebiet belies und ebenso eine Anzahl von Personen, die für Polen gestimmt hatten, in deutsches Gebiet eingeschlossen hätte. Dem Rat blieb nichts anderes übrig, als den Versuch zu unternehmen, diesen Fall auf ein Minimum zu reduzieren. Das tat er durch folgende Maßnahmen, die man die Grenzführung so genau wie möglich den Ergebnissen der Volksabstimmung anpaßte.

Eine derartige Grenzlinie hätte jedoch Gebiete zerstückelt, die industriell eng voneinander abhängen. Die Aufstellung einer neuen Grenze in einem Gebiet, das sich wirtschaftlich unter denselben politischen und industriellen Bedingungen entwickelt hatte, müßte auf beiden Seiten der Grenze die verhängnisvollsten Folgen haben. Das wäre auch sicher der Fall gewesen, wenn die Grenze der Errichtung einer neuen Zollschranke, die Aufhebung der öffentlichen Betriebe, wie der Wasserwerke, den Umlauf deutschen Geldes, das Inkrafttreten einer neuen bürgerlichen und industriellen Gesetzgebung mit sich gebracht hätte. Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten konnten unmöglich nur durch leichte Veränderung einer einzig aufgrund der Volksabstimmung erlangten Grenze behoben werden. Es gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder der anderen Nationalität ein zweifelloses, wenn auch nicht übertragbares Übergeheimtes geblieben wäre. Selbst wenn man nun diese Gebiete nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht aufgrund der Volksabstimmung geteilt hätte, würde die Grenze aus den eng miteinander verknüpften Wirtschaftskreisläufen zerhackt werden. Der Rat sah sich daher folgender Lage gegenüber: Eine Grenzlinie, die nicht das Industriegebiet zerhackt, würde die Hoffnung und Wünsche von nicht etwa kleinen Mehrheiten in unwichtigen Gebieten, sondern von entscheidenden Mehrheiten in sehr wichtigen Gebieten vernichten haben. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnung und Wünsche nicht nur zugelassen, sondern auch ermutigt. Das waren die dem Problem innewohnenden Schwierigkeiten. Langwierige Verhandlungen, die sich mehr als zwei Jahre nach dem Friedensschluß hinzogen und eine große Bevölkerung in angivoller Ungewißheit über ihr politisches Schicksal ließen, hätten diese Schwierigkeiten noch beträchtlich vermehrt.

politischen Grenzführung erblickt. Nur auf diese Weise war es möglich, den politischen Wünschen der Einwohner die größte Befriedigung zu gewähren, und ihnen gleichzeitig den Fortbestand des wirtschaftlichen Wohlergehens ihres Landes zu sichern.

### Die mutmaßliche neue Grenze

Paris, 12. Okt. Der Genfer Korrespondent des „Temps“ teilt mit, die Grenzlinie Oberschlesiens, die der Völkerbundrat vorzuschlagen beabsichtigt, scheint jetzt wie folgt zu verlaufen:

1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Pleß insgesamt und Kattowitz zum größten Teil. 2. Das Industriegebiet wird unter die beiden Länder verteilt. Deutschland erhält die westlichen Kreise des Bedens, Gleiwitz und Hindenburg, Hindenburg sowie Leuthen-Stadt. Polen erhält die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Kattowitz-Stadt und Kattowitz-Land. 3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Zarnowitz und Lublinitz werden in ihrem östlichen Teil Polen und in ihrem westlichen Teil Deutschland zugesprochen. 4. Deutschland behält die anderen ober-schlesischen Kreise im Norden, Westen und im Zentrum, also Rosenburg, Kreuzburg, Oppeln, Groß-Strelitz, Posen, Kofel, Ober-Glogau, Böbichau und Ratibor. Was das für Oberschlesien vom Völkerbundsrat in Aussicht genommene wirtschaftliche Regime betreffe, glaubt der Genfer Korrespondent des „Temps“ zu wissen, daß die Frage große Schwierigkeiten bereitet und in den letzten Tagen dem Völkerbundsrat stark beschäftigt hätten. Man dürfe so viel sagen, daß eine Kommission die Aufgabe haben würde, den Verkehr, die Wasserversorgung und die anderen Fragen wirtschaftlicher und technischer Art zu regeln. Die Kommission, die wahrscheinlich nur drei Personen umfassen werde, würde ihre Tätigkeit zehn Jahre lang ausüben. Dieser Zeitraum werde indessen verlängert werden können, wenn beide Parteien einig seien, oder auch verlängert, wenn die Notwendigkeit dazu sich herausstelle.

### Energetische Proteste der Oberschlesier

Breslau, 12. Okt. Die vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier richteten an den Völkerbundsrat einen Fernschreiben, worin sie schärfsten gegen jeden Versuch, einen Teil der ober-schlesischen Heimat zu Polen zu schlagen, protestieren und erklären, eine solche Entscheidung würde in schärfstem Widerspruch zu den 14 Punkten Wilsons stehen. Im Vertrauen auf diese letzte deutsche Volk 1918 die Waffen nieder, ausdrücklich aber weist Wilson Polen nur die Gebiete mit zweifellos polnischer Bevölkerung zu. Oberschlesien aber hat, wie heute allgemein bekannt ist, keine unbefristet polnische Bevölkerung. Es wäre ein Bruch des Versailles Friedensbittens, wenn Oberschlesien nicht ganz und bald Deutschland zurückgegeben werden würde. Das Friedensbittens bestimmt weiter ausdrücklich, daß die wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen. Es sei ganz einwandfrei, daß Oberschlesien eine geographische und wirtschaftliche Einheit in Verbindung mit dem übrigen Deutschland bilde und daß eine Zerstückung Oberschlesiens den wirtschaftlichen Tod zur Folge hätte, ein selbst von den Polen ausgesprochenes Bekenntnis. Nie und nimmer werden wir uns durch politischen Schacher verkaufen lassen. Von

Deutschland aber verlangen wir, daß es die Reparationspflichten nur dann erfüllt, wenn das deutsche Recht beachtet wird. — Schnelle Zurückgabe der Vereinigung an Lloyd George, Pershing, Bonomi und Nitzi. Lloyd George wird besonders an seinen fair play-Standpunkt erinnert.

### Der Protest des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Zerstückung Oberschlesiens

Berlin, 12. Okt. Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der allgemeine freie Angestelltenbund, der Gewerkschaftsring, der deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, der deutsche Gewerkschaftsbund und der deutsche Beamtenbund haben an den Völkerbundsrat, Lloyd George und Briand Telegramme gerichtet, in denen sie gegen die Zerstückung Oberschlesiens schärfsten Einspruch erheben. Jede Abtrennung wichtiger Wirtschaftsteile von Deutschland mache die Durchführung des Reparationsprogramms unmöglich. Eine Zerstückung Oberschlesiens stehe auch im Widerspruch mit dem Abstimmungsergebnis und Gerechtigkeit sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheblich gebietetisch die Belastung Oberschlesiens bei Deutschland.

### England und die Genfer Entscheidung

Aus dem Haag, 13. Okt. Ueber den Hergang des Entschlusses in Genf bernimmt der Korrespondent des „Danishbladet“, daß es sich jetzt herausstellt, daß auch diesmal England im letzten Augenblick umgefallen sei und dadurch dieses für Deutschland ungünstige Ergebnis herbeigeführt hat. Aus diplomatischen Kreisen wird berichtet, daß Frankreich in Genf bemüht war, Japan und Spanien durch Konzessionen auf seine Seite zu bringen.

### England zeigt Deutschland die kalte Schulter

London, 12. Okt. Der deutsche Botschafter Dr. Schaumergab sich sofort nach seiner Rückkehr nach London zu Lord Curzon und bat ihn, in der ober-schlesischen Frage zu intervenieren. Lord Curzon erwiderte, daß England in dieser Angelegenheit nur eine Pflicht habe, die Ausführung der Entscheidung des Völkerbundsrates zu sichern.

### Die ersten Wirkungen des Völkerbundsstreiches — Weiterer Sturz der deutschen Mark

Berlin, 12. Okt. Die ungünstige Nachricht über Oberschlesien und die kritische innerpolitische Lage haben an der Börse zu einer neuen außerordentlich starken Steigerung der fremden Devisenkurse geführt. Da diese Bewegung heute nicht mehr durch Abgaben der Reichsbank und der Spekulation gekennzeichnet wurde, erreichte der Dollar einen erneuten Rekord von 133, der sich nach Schluß der amtlichen Devisenfeststellung allerdings wieder leicht bis auf 132% abschwächte.

### Zusammentritt des Reichstags

Berlin, 13. Okt. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß das Plenum des Reichstages zu Beginn der nächsten Woche wahrscheinlich am Dienstag zusammentreten soll. Weitere Nachrichten siehe Seite 6.

## Die Sitzungen des Reichskabinetts — Dr. Wirth soll Reichskanzler bleiben

Berlin, 12. Okt. Das Reichskabinetts hat sich heute morgen 9 1/2 Uhr wieder versammelt. Seit der Rückkehr des Reichskanzlers ist dies bereits die vierte Sitzung. Schon dieser Umstand kennzeichnet die schwierige Lage, in der sich die Reichsregierung befindet. Die von einem Teil der Minister vertretenen Ansicht, daß man noch bevor eine offizielle Nachricht über die Genfer Entscheidung vorliege für den Fall einer Zerstückung Oberschlesiens den Rücktritt des Kabinetts beschließen solle, ist nicht durchgedrungen. Von selten der Sozialdemokraten und ebenso von Kreisen, die dem Reichskanzler sehr nahe stehen, wird vor Ueberstürzung gewarnt. Die Meinung in der Zentrumsfraktion zu der Frage des Rücktritts der Regierung ist noch nicht geklärt. Die Sitzung des für heute vormittags einberufenen Auswärtigen Ausschusses ist vertagt worden. Der Reichstag wird, wenn sich die Meldungen von dem kaisrigen Schicksal Oberschlesiens tatsächlich bestätigen sollten, alsbald zusammentreten.

und deutschem Geist geschaffen worden ist, vom Reich getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Loslösung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volk als Vergewaltigung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwaldung, sondern unablässige Beunruhigungen und Zwistigkeiten würden die Folge sein. Dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilvolle Wunde geschlagen werden. Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler, falls die Entscheidung so ausfällt, wie zu befürchten ist, so ist eine neue Lage geschaffen, die die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigen, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat. Die abschließende Entscheidung wird das Kabinetts erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt. Der Reichskanzler stellt dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Berlin, 12. Okt. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler Dr. Wirth der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundsrat in Genf, jenseit sich aus den unwiderprochenen Nachrichten ergeben lasse, über das ober-schlesische Gebiet in einer Weise verfügt hat, die weder der durch die Abstimmung klar zu Tage getretenen Willensumgebung der ober-schlesischen Bevölkerung noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht. Treten diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleiß

Berlin, 13. Okt. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde in Abwesenheit des Reichspräsidenten einstimmig beschlossen, daß Reichskanzler Dr. Wirth, sollte es zu einem Rücktritt der Reichsregierung kommen, ebenfalls mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werde. Eine endgültige Stellungnahme zum Rücktritt erfolgt erst nach Eintreffen der offiziellen Nachrichten über Oberschlesien. Der Reichskanzler wird wahrscheinlich heute oder morgen sich mit den Parteiführern in Verbindung setzen. Es besteht nach wie vor der Wunsch zu enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei.

# Erbärmliche Komödie und schamloser Raub

Der Glaube an die Gerechtigkeit der Sieger im Weltkriege, die von diesen bis zur Ermüdung oft der Welt feierlich versündigt worden ist, besteht nirgends mehr, weder in Deutschland noch in anderen Ländern.

Nach dem Friedensvertrag von Versailles sollte die Zukunft Oberschlesiens, seine staatliche Zugehörigkeit, durch eine Volksabstimmung nach dem Willensausdruck des obereschlesischen Volkes selbst entschieden werden. Zu Anfang dieses Jahres hat diese Volksbefragung stattgefunden. Trotzdem unter der Herrschaft des französischen Generals Le Rond und der ausgesprochen vollenkommen französischen Kreisontrollen den Polen alle Vorteile und den Deutschen alle nur erdenklichen Schwierigkeiten gemacht wurden, trotzdem dem polnischen Terror fast uneingeschränkte Handlungsfreiheit gewährt worden war, trotzdem ein großer Teil der deutschen Wähler mit Hilfe eines raffinierten Wahlreglements an der Stimmabgabe gehindert war, ist eine runde Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht worden, die sich für ein Verbleiben Oberschlesiens beim Deutschen Reich ausspricht.

Nach diesem Abstimmungsresultat wäre eine sofortige Lösung der obereschlesischen Frage zugunsten Deutschlands möglich gewesen. In den anderen Abstimmungsgebieten, in Nord-schlesien und in Ost- und Westpreußen, ist unmittelbar nach der Feststellung des Abstimmungsresultats die interalliierte Besetzung und Verwaltung aufgehoben und das betreffende Gebiet der Staatshoheit übergeben worden, zu deren Gunsten die Abstimmung entschieden hat. In Oberschlesien ist anders gehandelt worden.

Die französischen Völker des Herrn Korfanti hatten den Polen bestimmte Zusicherungen bezüglich Oberschlesiens gemacht, deren glatte Erfüllung nunmehr durch das Abstimmungsresultat verhindert worden war. Unter der Oberkontrolle des französischen Militärs wurde in Oberschlesien ein polnischer Aufbruch organisiert und unter Duldung der Franzosen gegen die deutsche Bevölkerung und selbst gegen die italienischen Sicherheitstruppen durchgeführt, um Oberschlesien mit Gewalt aus dem deutschen Staatsverband zu reißen und dem bankrotten Polen einzuberleihen. Sogar geschlossene Truppenverbände des polnischen Staates durften unter den Augen der Franzosen und unter deren Befehl gegen die deutsche Bevölkerung einen barbarischen Kriegszug unternehmen. In die Geschichte Oberschlesiens steht mit Blut und Tränen die unermeßliche Fülle deutschen Lebens und die Schmach der führenden Kräfte aus dem Ententelager eingeschrieben.

Am Oberschlesien vor dem Ruin, Europa vor einer noch schwereren wirtschaftlichen Zerrüttung und die obereschlesische Bevölkerung vor weiteren grausamen Opfern zu bewahren, hat die deutsche Regierung Anfang Mai dieses Jahres das Londoner Ultimatum angenommen und sich dabei die ungeheure Last von Hunderten von Milliarden Zahlungsverpflichtungen in Goldmark auferlegt. Dabei hat sie ausgesprochen, daß die notwendige Voraussetzung für die Möglichkeit größerer dauernder Leistungen und des Wiederaufbaues der Kriegsgebiete von der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland und von der schnellsten Lösung der obereschlesischen Frage zugunsten Deutschlands abhängig sei. England ließ durch den Mund Lloyd Georges kurze Zeit darauf sein Einverständnis mit dieser deutschen Anschauung aussprechen, das dieser kurz dahin zusammenfaßte, Deutschland gegenüber werde „fair play“, also „ehrliches Spiel“ gespielt werden.

Man hat sich aber nicht geschaut, wie schon so oft, vor der Welt durch die Tat das Gegenteil dieses Versprechens zu bezeugen. Mit Deutschland, das willig das Londoner Diktat auf sich nahm und das bisher pünktlich seine Verpflichtungen daraus erfüllt hat, ist weiterhin ein ausgesprochen unehrliches Spiel getrieben worden. Die wirtschaftlichen Sanktionen wurden ebensowenig aufgehoben wie die militärischen und ebensowenig, wie die obereschlesische Frage geregelt wurde.

Unter dem Druck der enttäuschten öffentlichen Weltmeinung trat dann am 9. August der Oberste Rat zusammen, um die Sanktionen aufzuheben und Oberschlesien und Deutschland Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen. Das einzige, das erreicht wurde, war das Versprechen, bis zum 15. September die Zollgrenze am Rhein zu beseitigen. Und auch dieses Ver-

sprechen wurde nicht gehalten. Erst jetzt ist die Zollgrenze endlich beseitigt worden. Das Rheinland kann wieder in ungehemmte wirtschaftliche Verbindung mit dem Mutterlande treten. Aber die militärischen Sanktionen bleiben nach wie vor bestehen, und Deutschland hat nach wie vor außer den 120 Milliarden Mark jährlicher Besatzungskosten für das Rheinland

(pro Kopf der Bevölkerung jährlich 2000 Mark), die Besatzungskosten für die zahlreiche fremde Soldateska in Mülheim und Duisburg-Muhrort, zu tragen. Ganz abgesehen von den Schikanen und Freiheitsbeeinträchtigungen gegen Deutsche, die unausgesprochen neuen Maß sein müssen.

Die obereschlesische Frage wurde vom Obersten Rat unter offenem Verheimlichen seiner Ohnmacht an den Völkerbund verwiesen.

In Genf ist jedoch die Versammlung des im Unrecht des Versailler Vertrags veranfaßten Dummparlamentes eines sogenannten Völkerbundes zu Ende geführt worden. Die obereschlesische Frage, die den wichtigsten der positiven Verhandlungsgegenstände des Völkerbundes bilden sollte, ist abermals nicht gelöst worden. 30 geschlagene Tage hat man in Genf aneinander vorbeigeredet, und keiner hat gewagt, den Stier bei den Hörnern zu fassen, Gerechtigkeit für Oberschlesien zu erzwingen und den Begriff eines neuen Völkerrechts von dem Schmutz brutaler Willkür nachtrunkener Sieger gegen ein wehrloses Land und gegen Millionen gepeinigter Menschen zu reinigen.

In der Mantelnote Clemenceaus vom 16. Juli 1919 ist die Abstimmungsfrage ausdrücklich wie folgt formuliert: „... ob Oberschlesien einen Teil Deutschlands oder Polens bilden solle“.

Eine deutlichere Formulierung, daß die Abstimmung das obereschlesische Gebiet ungeteilt zu Deutschland oder zu Polen schlagen würde, kann es nicht geben. Allerdings rechneten damals die Franzosen damit, daß sich eine glatte Mehrheit zugunsten Polens bei der Abstimmung ergeben werde.

Nach dem Friedensvertrag fällt die Entscheidung über Oberschlesien dem Obersten Rat zu. Dieser hat am 9. August die Frage dem Völkerbund hingewiesen, um von diesem ein für die Entscheidung gültiges Gutachten zu bekommen.

Der frühere juristische Berater des amerikanischen Staatsdepartements, Miller, hat in einem Rechtsgutachten zur obereschlesischen Frage geäußert: „Es kann keinerlei stichhaltiges Argument zugunsten einer Teilung Oberschlesiens beigebracht werden“ und hat abschließend gesagt: „daß nach Recht, Gerechtigkeit und Geseß Deutschland unzweifelbar berechtigt ist, die Gesamtheit der Abstimmungszone in Oberschlesien als integralen Teil des deutschen Territoriums zu behalten, und ich bin der Überzeugung, daß das Gutachten des Völkerbundesrats an den Obersten Rat der Alliierten dementsprechend ausfallen müßte.“ Miller hat leider Unrecht behalten. In Oberschlesien leiden aber immer noch Hunderttausende von deutschen Arbeitern mit ihren Familien. Für sie ist die ganze blühende Völkerbundsarbeit in Genf eine neue Enttäuschung, eine neue Komödie gewesen.

## Dr. Helfferich der Verderber Deutschlands

Die Deutschnationale Volkspartei hielt im Palmengarten-Saal in Frankfurt ihren Parteitag für Hessen-Kassau ab. Die Leitung der Tagung lag in Händen des Landesvorstehenden Reichstagsabg. Dr. Helfferich hielt eine Rede, in der er ausführte:

Scheidemann hat sich unterstanden zu sagen, ich hätte die Atmosphäre des Hasses, in der der Wort an Erzberger entstanden ist, geschaffen. Ich bin aber gerade durch den Wort an Erzberger auf das schwerste betroffen. Ich habe Erzberger bekämpft, weil er ein Schlingel war. Ich versuchte zunächst durch Fühlungnahme mit der Regierung Erzberger auszuscheiden. Weil aber nichts von der Regierung aus geschah, mußte ich den Kampf gegen ihn führen. Ich habe dabei alle unläuteren Kampfmittel vertrieben und den Schmutz, den man mir angetragen hat, auf die Seite geworfen. Der Reichstagsrat hätte die Verpflichtung gehabt, nach dem Wort an Erzberger Del auf die Bogen zu ziehen, statt dessen hat er Del ins Feuer gegossen. Wenn Dr. Birch fortwährend von christlicher Liebe und deutscher Weiblichkeit spricht, so haben seine Handlungen nichts mit dem zu tun. Wenn eine Regierungskoalition zustande kommt, auch ohne uns, die eine Wendung zum Besseren gibt, freuen wir uns. Wenn die Deutsche Volkspartei zur Koalition geht, werden wir ihr keine Knüppel zwischen die Beine werfen, aber wir fürchten, daß die Deutsche Volkspartei den weiteren Zug nach links nicht verhindern kann.

Die Dreifigkeit Helfferichs ist beinahe bewundernswert. Treue hilft! Darauf ist seine Politik und seine Laufbahn eingestellt. Daß ein Mensch, der sich am deutschen Volk in solch ungeheurer Weise vergangen hat, überhaupt noch von einer Partei ins Treffen geschickt wird, zeigt die politische Verwahrlosung der Deutschnationalen. Der Wort an Erzberger wird an Helfferich hängen, wie immer er sich auch drehen und wenden mag.

## Der Münchener Verschönererjumpf

### Der Mörder von Garais entlarvt?

München, 12. Okt. Die Leitung der bayerischen Sozialdemokratie hat sich das Ziel gesetzt, in den nächsten Tagen unter enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden den durch das System Raab-Roth geschaffenen Verschönererjumpf auszuräumen. Die „Münchener Post“ stellt den großindustriellen Konzern, welcher die Mörderanteile finanziert hat, an den Pranger. Sie glaubt, den Mord an Garais aufgedeckt zu haben und schreibt unter dem Titel „Dishonors-Gesellschaft“:

Die Dishonors-Gesellschaft wurde feinerzeit gegründet, angeblich zu dem Zweck, mit den Oststaaten, namentlich mit Ungarn Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Der tatsächliche Zweck ist lediglich die politische Zusammenarbeit mit Ungarn. In der G. m. b. H. sind beteiligt der bekannte Kommerzienrat Raab und der Konrad Rade. Die Leitung ist in München im Ringhotel, dem bisherigen Sitz der Einwohnerwehr-Zentrale. Der erste Direktor ist der Materialreferent der Landesleitung der Einwohnerwehr, der zweite Direktor ein Major, der früher längere Zeit in Ungarn tätig war. Eine Filialdirektion der Dishonors-Gesellschaft befindet sich in Budapest.

Wir erlauben uns die Anfrage, ob es richtig ist, daß Leutnant Schweikhardt, der als Täter des politischen Mordes im Fortenrieder Park feststellt ist und außerdem hinreichend verdächtig erscheint, an dem Mord des Abgeordneten Garais beteiligt gewesen zu sein, von der Dishonors-Gesellschaft im Ausland beschäftigt wird.

## Eine Lebensfrage

In der neuesten Nummer des „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ beschäftigt sich Genosse Johannes Timm, ehemaliges Mitglied der bayerischen Regierung, mit der eben vollzogenen Umbildung der Regierung in Bayern. In seinem Artikel schildert er, wie in Bayern am erbittertesten der Kampf um all die Wahlforderungen ausgefochten wurde, die von verbrederten Phantasten nach dem November 1918 in das vom Krieg zermürbte Volk geschleudert wurden. Dann sagt er weiter:

„In Bayern eben auch bahnte dieser Kampf den Reaktionen aller Schattierungen wieder den Weg. Unter der Regierung Raab haben sie ihn selbstbewußt bestritten und ihr klares Streben geht auf Beseitigung der republikanischen Staatsform des Reiches. Daß diese Absicht von allen republikanisch-demokratischen Volksgenossen in Bayern nunmehr richtig erkannt wurde, ist wohl das größte Verdienst des ehemaligen Ministerpräsidenten von Raab. Besonders die arbeitenden Klassen haben sich, was sie zu verlieren hatten.“

Schön der republikanisch-demokratischen Staatsform, das ist die Lösung für das wertvolle deutsche Volk geworden. Auch das wertvolle bayerische Volk hat diese Lösung begriffen. Mit unerschütterlicher Treue weiß es sich hierin eins mit seinen deutschen Arbeitsgenossen. Es ist dankbar für die Hilfe, die ihm in seinem Kampfe von allen freien deutschen Bürgern kommen wird, wenn es hart auf hart geht. Unter diesem Eindruck standen alle Kämpfe der letzten Zeit. Das wertvolle Volk Bayerns weiß alle Kämpfe, daß es in seinem Kampfe um die Verankerung des Reiches nicht allein stehen wird. Was dabei verloren gehen würde, sind nicht bloß bayerische Verluste. Es geht um die deutsche Republik, um die Einheit und Geschlossenheit des Reiches, die nach innen und außen zu verteidigen nicht zuletzt eine Lebensfrage für das wertvolle deutsche Volk ist.

Und wie leuchtend wurde die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Republik von Bayern aus wieder aufs Spiel gestellt.

## Justiz und Republik

Genosse Staatsanwalt Marx schreibt:

In der Entgegung des Genossen Rechtsanwalts Dr. Kullmann sei mir abschließend folgendes zu sagen gestattet: 1. Die Folgerung, weil der Gesetzgeber, das Parlament, gewählt wurde, müsse auch das die Gesetze anwendende, das Recht sprechende Organ gewählt werden, beruht auf einem Trugschluss. Zunächst sind Gesetzgebung und Rechtspflege ganz verschiedene Funktionen der Staatsgewalt. Was für die eine paßt, ist für die andere noch lange nicht zweckmäßig. Eine

## Ekkehard

### Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel

(Fortsetzung.)

Als Ekkehard von dem Zweck und Ziel seiner Fahrt sprach, rief der Leutpriester: Soho, Confrater, was habi Ihe wider die Jagd gesprochen und ziehest ja selber auf Edelwild aus!

Aber Ekkehard winkte ab. Habt Ihr noch nie Heimweh nach des Klosters Stille und Wissenschaft verspürt? frug er.

Da stammte des Leutprieesters Aug'. Junges Blut verhost das nicht. Reichthümle Nepprend?

Ich verheiß Euch allerdings nicht, sprach Ekkehard. Was schuf Euch solche Aenderung der Sinnesart? Er warf einen Seitenblick auf das Jagdgeräth.

Die Zeit, gab der Leutprieester zurück und klopfte seinen Wangen auf dem Eidentisch müd, — die Zeit und wachsende Erkenntnis. Das braucht Ihr aber Eurem Knie nicht zu berichten. Ein auch einmal ein Durst gewesen wie Ihr, Irland zieht fremde Leute, sie wissen's hier zu Land. Ehen, wie war ich unedeligen Gemüthes, wie ich mit Oheim Marcus von der Wallfahrt gen Rom zurückkam hätten den jungen Moengal sehen sollen, die ganze Welt war ihm keinen Grundling wert, aber Hallieren, Sigilien fingen, geistliche Weibungen hatten: das war metu Laßal. Da ritten wir in Gallus' Kloster ein — einem heiligen Landmann zu Ehren macht ein braver Irländer schon ein paar Meilen um, — ich aber bin ganz dort hängen geblieben. Kleider, Bücher, Geld und Wissen, der ganze Mensch was des Klosters, und der irische Moengal ward Marcellus geheissen und warf seines Oheims silberne und goldene Pfennige zum Fenster hinaus, daß die Bräute abgehoben sei, die zur Welt zurückführt. Waren schöne Jahre, jag ich euch, hab' gewacht und gebetet und studiert nach Herzenslust.

Aber viel Eihen ist schädlich dem Menschen und viel Wissen macht überflüssige Arbeit. Manchen Abend hab' ich gegrübelt wie ein Bohren und disputiert wie eine Eifer, nichts war innergründlich: wo das Haupt Johannes, des Täufers, begraben liegt, und in welcher Sprache die Schlange zu Adam gesprochen — alles klar erzählt, nur daran war ich nicht zu denken geraten, daß der Mensch auch Knochen und Fleisch und Blut mit sich in die Welt bekommen. Soho, Confrater, da kamen Höl-

Stunden, mögen sie Euch erspart bleiben! der Kopf ward schwer, die Hände unruhig, am Schreibtisch kein Bleiben, in der Kirche kein Anien — fort! hieß es, nur fort und hinaus! Dem alten Thelo jagt ich bereit, ich habe eine Entbedung gemacht. Was für eine? Daß es jenseits unserer Mauern frische Luft gebe . . .

Da verjagten sie mir den Ausgang, aber manche Nacht drin heimlich auf den Gadenstern gestiegen und hab' hinausgeschaut und die Fiebermüde benedet, die in den Tannenwald umherfliegen . . .

Confrater, dagegen hilft kein Fosen und kein Beien, was im Menschen siedet, muß heraus.

Der vorige Abt hat billige Einsicht genommen und mich zur Jahresfrist hierher geschickt, aber der Bruder Marcellus kam nimmer heim. Wie ich hier im Schweiß meines Angesichts den Tannenwald füllte und den Klagen zimmerte und den Strichvogel aus den Lüften herunterholte, da ist mir ein Licht aufgegangen, was gesund sein heißt — Fischfang und Weidwerk beigen die unnützen Mühen aus dem Kopf — so stehe ich seit dreißig Jahren der Jelle Madolzi vor, einer gewissen Verbanung angesetzt, was verächt's? Ich bin gleich der Kropfgans in der Wüste, gleich der Eule, die in Trümmern nistet, sagt der Palmist, aber frisch und stark, und der alte Moengal gedenkt, sobald noch nicht ein stummer Mann zu werden und weiß, daß er wenigstens vor einem Unglück sicher sein darf . . .

Was meint Ihr für ein Unglück? frug Ekkehard.

Daß ihm Sankt Petrus bereicht den himmlischen Tor-schlüssel vor die Thren schlägt und spricht: hinaus mit dir, der du unmäßig und eitel Philosophie getrieben!

Ekkehard ließ sich auf Moengals Herzensergießungen nicht näher ein. Ihr habt wohl rauhen Dienst in Sorge der Seelen, sprach er, verjagt die Herzen, Heidentum und Heherei. . .

's geht an, sprach der Alte, im Mund der Bischöfe und Laienlichen Mäie, in den Kapitularien und Synodalschließungen nimmt sich's haarträubend aus, wenn sie den heidnischen Jert-wahn abzeichnen und mit Straffung bedrängen. 's ist eben alter Glaube hierlands, im Baum und Fluß und auf lustigen Bergeshöhe der Gottheit nachzuspielen. Jeder auf der Welt muß seine Apokalypsis haben, die Degauer suchen sie draußen . . .

es läßt sich auch etwas dabei denken, wenn der Mensch frühmorgens im Schilde steht und die Sonne über ihm aufgeht . . . Deshalb kommen sie am Tage des Herrn doch zu mir und fingen die Messe mit, und wenn der Sendbote ihnen nicht so manchen Straffschilling aus dem Sad wieder, würden sie noch fröhlicher sich zum Evangelium wenden. —

Eloht an, Confrater, die frische Luft . . . Erlaubt, sprach Ekkehard mit seiner Wendung, daß ich das Wohl Marcellus', des Lehrers an der Klosterschule, des Verfassers der irischen Uebersetzung des Briscanus trinke.

Wir auch recht, sagte Moengal. Was aber die irische Uebersetzung betrifft, die möchte einen Haten haben.

In Ekkehard war das Verlangen groß, seinen hohen Thiel zu erreichen. Kurz vor dem Ziele langer Fahrt hat noch selten einer lange Paß gehalten. Der Berg steht fest in der Eren, sprach zwar Moengal, er entsleucht Euch nimmer.

Aber Moengals Wein und seine Lehre von der frischen Luft hatten für den, der einer Herzogin entgegen sollte, wenig Ver-friedendes. Er brach auf.

Ich geh mit Euch bis an des Pfarrsprengels Grenze, sagte der Leutprieester, heute dürft Ihr mir noch zur Seite gehen, trag meines verblühenen Genandes; wenn Ihr auf dem Berg droben festsetzt, dann werdet Ihr meinen, die Verklärung sei über Euch gekommen, und werdet ein bornehmer Herr werden, und wenn Ihr bereit an Frau Radwigs Seite gen Radolfs Jelle geritten kommt, und der alte Moengal steht an der Schwelle, so wird ihm eine gnädige Handbewegung als Almosen zugeworfen — der Welt Lauf! Wenn der Feuerling groß geworden, heißt er Feldchen und spricht die Aemern seines Geschlechtes.

Das sollt Ihr nicht sagen, sprach Ekkehard und lächelte den irischen Mitbruder.

Da gingen sie zusammen und der Leutprieester nahm seine Reimarten mit, im Rücken den Wägel des Waldes Radwilerung zu bereiten. Es war ein langer Weg durch den Tannenwald, lang und still.

Wie sich das Gefäß lichte, da stand in dunkler Masse des hohe Thiel und warf ihnen seinen Schatten entgegen. Moengal aber schaute mit starkem Aug' den Waldpaß entlang durch die Richtung der Tannen. Es freidit was durchs Revier, sprach er.

Sie waren wieder etliche Schritte gegangen, da griff Moengal seinen Gefährten am Arm, stellte ihn, deutete vorwärts und sprach: Das sind keine Widenden noch Tiere des Waldes!

Es kam ein Ton herüber, als wenn fernab ein Roß gewiebert . . . Moengal sprang seitwärts, schlich sich ein gut Stück in jungen Gehölz vorwärts, legte sich auf den Boden und spähte.

Weidmanns Torheit, sprach Ekkehard und wartete . . . (Fortsetzung folgt.)

bewundernswert, seine Laufbahn ... die innere Logik ... die innere Logik ... die innere Logik ...

Genosse Dr. Kullmann beruft sich für seine Ansicht, daß auch die Wahl des Richters seine Unabhängigkeit nicht beeinflusse auf Schweizer Verhältnisse. Hören wir, was die Schweizer selbst dazu sagen.

Es muß einmal ausgesprochen werden, daß die Volkswahl der Richter, da, wo wir sie heute haben, und wo im Ernste niemand an eine Abschaffung denkt, zu Mißständen geführt hat, die auch von den machbarsten Hütern der demokratischen Volksrechte zugegeben werden müssen.

Wenn schon die einfachen Schweizer Parteiverhältnisse zu solchen Klagen Anlaß geben, wie möchte es erst bei unserer Parteierkennung im Falle einer Richternwahl in Deutschland aussehen!

3. Unabhängigkeit des Gerichts bedeutet praktisch nicht nur Ausschaltung von Kabinettsjustiz, bedeutet vielmehr heute die Garantie für den einzelnen Richter, daß ihm aus seiner Stellungnahme keine Nachteile erwachsen.

4. Würden sich die Reaktionen wirklich nur auf die Gerichte zurückziehen, das wäre nicht schlimm. Die Gerichte antworten öffentlich und unterliegen schon dadurch weitgehender Kontrolle.

5. Seitdem ich meinen Aufsatz „Justiz und Republik“ geschrieben habe, hat auch der Parteitag in Gießen die Frage der Richternwahl geprüft. Er hat die noch vom Erfurter Programm geforderte Richternwahl nicht mehr in das neue Programm aufgenommen und damit unter Führung Rahrbruch ein hohes Verständnis für die Bedeutung einer konstanten Richternwahl bewiesen.

### Aus der Partei

#### 5. Bad. Landtagswahlkreis — Agitationsbezirk Karlsruhe

#### Öffentliche Versammlungen

#### Thema: Die bevorstehende Landtagswahl

Donnerstag den 13. Oktober 1921: Ottenau: Abends 8 Uhr im „Strauß“. Referent Genosse Müller-Karlsruhe.

Freitag den 14. Oktober 1921: Durlach: Abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Horter-Karlsruhe.

Samstag den 15. Oktober 1921: Diebstadt: Abends 8 Uhr in der „Sonne“. Referent Genosse Koch-Karlsruhe.

Sonntag den 16. Oktober 1921: Au a. Rh.: Nachmittags 3 Uhr im „Döfen“. Referent Genosse Streile-Karlsruhe.

Baden-Niederrhein: Nachmittags 3 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Hauptlehrer Haebler-Niederrhein.

Baden-Weinbergstr.: Abends 8 Uhr in der „Neuen Welt“. Referent Genosse Hauptlehrer Haebler-Niederrhein.

Sachsen: Nachmittags 3 Uhr im „Anker“. Referent Genosse Müller-Karlsruhe.

Kreisbach: Nachmittags 3 Uhr im „Löwen“. Referent Genosse Koch-Karlsruhe.

Münzesheim: Nachmittags 3 Uhr im „Ader“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Kurz-Karlsruhe.

Reichheim: Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse Hipp-Karlsruhe.

Niederbühl: Abends 8 Uhr im „Hirsch“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Horter-Karlsruhe.

Oberhausen: Nachmittags 3 Uhr im „Ader“. Referent Genosse Stadtverordneter Böhringer-Karlsruhe.

Oberweier (Amt Ettlingen): Nachmittags 3 Uhr in der „Sonne“. Referent Genosse Kadner-Karlsruhe.

Otterbühl: Nachmittags 3 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Weber-Durlach.

Philippshausen: Nachmittags 3 Uhr im „Helfenfelder“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Marum-Karlsruhe.

Raental: Abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Weber-Durlach.

Reichenbach (Albtal): Nachmittags 3 Uhr in der „Sonne“. Referent Genosse Prof. Rothbach-Karlsruhe und Genossin Stadträtin Knecht-Durlach.

Rheinhausen: Nachmittags 3 Uhr im „Engel“. Referent Genosse Parteisekretär Trinkl-Karlsruhe.

Rotenfels: Abends 8 Uhr im „Hirsch“. Referent Genosse Stadtrat Fischer-Karlsruhe und Genossin Anders-Karlsruhe.

Schluttenbach: Nachmittags 3 Uhr in der „Linde“. Referent Genosse Stadtrat Schwertl-Karlsruhe.

Schwarzbach: Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent Genosse Sulzer jr.-Baden-Baden.

Staufenberg: Nachmittags 3 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Dr. Kullmann-Karlsruhe.

Stollhofen: Nachmittags 3 Uhr in der „Krone“. Referent Genosse Sulzer jr.-Baden-Baden.

Sulzbach (Amt Ettlingen): Nachmittags 3/8 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Sude-Karlsruhe.

Vimbach: Abends 8 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Stadtrat Kubelsch-Karlsruhe.

Weitenau: Nachmittags 3 Uhr im „Höfel“. Referent Genosse Stadtrat Kubelsch-Karlsruhe.

Waldenhausen: Nachmittags 3 Uhr im „Döfen“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Kruschka-Bruchsal.

Waldenhausen: Abends 8 Uhr in der „Kanne“. Referent Arbeitsminister Genosse Dr. Engler.

Mittwoch den 19. Oktober 1921: Ettlingen: Abends 8 Uhr in der „Sonne“. Referent Arbeitsminister Dr. Engler.

Königsbach: Abends 8 Uhr im „Badischen Hof“. Referent Genossin Stadtverordnete Trautwein-Pforzheim.

Donnerstag den 20. Oktober 1921: Gaggenau: Abends 8 Uhr im „Hoch“. Referent Genossin Landtagsabgeordnete Fischer-Karlsruhe.

Die Einwohnerschaft obengenannter Orte ist zu den Versammlungen freundlich eingeladen. Es ist Pflicht der Parteigenossen und Genossinnen, für einen guten Besuch zu werden und für gute Bekanntmachung besorgt zu sein.

### Deutschösterreich Sozialdemokratie

Der Parteitag ist auf den 20. Oktober nach Graz einberufen. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen Berichten: Die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben; die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik; die internationale Arbeiterschaft sozialistischer Parteien.

Dem Bericht der Parteileitung entnehmen wir: Im Jahre 1920/21 vermehrte die Partei 155 297 neue Mitglieder zu gewinnen, also die Zahl der Parteimitglieder von 335 863 auf 491 160, um 46,23 Prozent, zu vermehren.

Das Parteireferat: Oskar Trinkl.

Die Landeswahlliste ist bis einschließlich 14. Oktober beim Landeswahlleiter, Ministerialrat Dr. Bender, im Ministerium des Innern einzureichen.

Ausfuhr im kleinen Grenzverkehr. Die für den Grenzverkehr gegebenen Ausfuhrbeschränkungen haben zufolge der fortschreitenden Entwertung der deutschen Mark eine außerordentliche Steigerung der Ausfuhr im Grenzverkehr und damit eine für die Grenzbevölkerung sehr empfindliche Verringerung des Angebots und Preissteigerung von Gegenständen des täglichen Lebens herbeigeführt.

Eisenbahnverkehrssteigerung für Güter und Tierverkehr. Der Ausschuss der Badischen Landwirtschaftskammer hat zu dem auch die Landwirtschaft stark berührenden Projekt, folgende Anträge den maßgebenden Regierungsstellen zugehen lassen: 1. Die Badische Landwirtschaftskammer erhebt gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife ihre schweren Bedenken, da diese geeignet sind, produktionshemmend zu wirken.

Die Preissteigerungen für Baumwolle. Im „Berliner Tageblatt“ macht ein Baumwollwarenfabrikant aufsehenerregende Mitteilungen über ungeheure Preissteigerungen, die die Baumwollmärkte beherrschen. Die für die Weltversorgung maßgebende amerikanische Baumwollenernte ist dieses Jahr so klein, wie sie in den letzten 35 Jahren nicht erlebt worden ist.

Badische Politik. Der Fall Wager und die Dreiklassensteuer. Nicht nur den Haushaltsausschuss und das Plenum des Landtages hat die vorzeitige Abreise des Deputationsmitgliedes Wager bei den Berliner Verhandlungen über die Dreiklassensteuer beschäftigt, jetzt wird der „Fall Wager“ auch noch in die Wahltagung hineingetragen.

Wir erklären hier, daß nach unseren Informationen Herr Wager in Berlin an den Sitzungen ebenso gut, wie die Vertreter der anderen Parteien ernstlich und gewissenhaft teilgenommen hat. An dem Nachmittags, als der Frontkämpferstag stattfand, war gar keine Sitzung. Die Beamtenvertreter arbeiteten den ganzen Vormittag — ohne die Abgeordneten — einen neuen Vorschlag aus, der am Nachmittags auf verschiedenen Büros vervielfältigt wurde.

Das Parteireferat: Oskar Trinkl.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr. In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausfuhrverkehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte.

# Die neue badische Gemeindeordnung

Nachstehend veröffentlichen wir einen Auszug der wichtigsten Bestimmungen der neuen badischen Gemeindeordnung. Angesichts der großen Bedeutung dieses Gesetzes empfiehlt es sich, den Artikel auszuschneiden und aufzubewahren.

Der Art. 1 vor Zerschlagung kam im Badischen Landtag noch das Werk zur Erledigung, das nach der Verfassung am grundlegendsten ist für die innere Entwicklung des badischen Landes: die neue badische Gemeindeordnung. Wenn auch heute noch an dem gründlich beratenen Gesetze gar mannigfache Wünsche übrig bleiben, so kann das große gesetzgeberische Werk doch beanspruchen, ein in die Zukunft weisender fortschrittlicher Bahnbrecher auf gemeindepolitischen Gebiet zu sein.

Danach werden die Gemeinden eingeteilt in a) Gemeinden mit höchstens 200 Einwohnern (Kleine Gemeinden); b) kleine Stadtgemeinden und Landgemeinden mit mehr als 200 bis höchstens 4000 Einwohnern (Mittlere Gemeinden); c) mittlere Stadtgemeinden und Landgemeinden mit mehr als 4000 bis höchstens 15000 Einwohnern (Große Gemeinden); d) Gemeinden mit mehr als 15000 Einwohnern (Städte im Sinne dieses Gesetzes). Das Staatsministerium kann einer Landgemeinde die Eigenschaft als Stadtgemeinde verliehen.

Die Vereinigung zweier oder mehrerer Gemeinden zu einer Gemeinde oder die Abtretung eines Teils eines Gemeindebezirks erfordert in der Regel übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Gemeinden und Genehmigung des Ministeriums des Innern; kommt eine Einigung der Gemeinden nicht zustande, so kann die Vereinigung aus Gründen des öffentlichen Interesses durch Gesetz erfolgen.

Zwei oder mehrere Gemeinden können zwecks gemeinsamer Erfüllung einzelner Aufgaben durch übereinstimmend erlassene Satzung einen Zweckverband bilden. Die Satzung hat die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes zu regeln und muß auch Bestimmungen für den Fall der Auflösung desselben enthalten; sie bedarf der Genehmigung des Ministeriums des Innern. Die Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Zu den Angelegenheiten der Gemeinde gehören diejenigen Zweige politischer Tätigkeit, deren Aufgabe es ist, die Gemeininteressen der örtlichen Gemeinschaft zu befriedigen, insbesondere die örtliche Verwaltung des Gesundheitswesens, der Straßen, der Märkte, des Gewerbes, des Armenwesens, des Wohnungs- und Bauwesens, des Feuerlöschwesens, der Gemarkungsverhältnisse, die örtliche Fürsorge für Keiligkeit und Sittlichkeit, sowie die Fürsorge für die öffentliche Sicherheit und Ordnung innerhalb der Gemarkung. Inwieweit die Gemeinden die Ortspolizei verwalten, bleiben ihnen die dadurch erwachsenden persönlichen und sachlichen Kosten zur Last. Das Ministerium kann einzelne dieser Verwaltungszweige einer staatlichen Verwaltungsstelle übertragen. Durch das Ministerium des Innern können einer Gemeinde auch Aufgaben der Landespolizei übertragen werden. Die Übertragung ist widerruflich; sie erfolgt gegen angemessene Vergütung, deren Höhe nach Anhörung der Gemeinde durch die Staatsaufsichtsbehörde festgesetzt wird. Die Gemeinden unterliegen, abgesehen von einzelnen Bestimmungen, der Aufsicht des Staates nur nach Maßgabe der Befehle. Bezüglich der Kosten der Staatsaufsicht gelten die darüber bestehenden Befehle und Verordnungen.

Wer auf der Gemarkung der Gemeinde wohnt (Gemeindeangehöriger) ist bei Erfüllung der Voraussetzungen zur Benutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten der Gemeinde berechtigt und zur Teilnahme an den öffentlichen Lasten verpflichtet. Die Gemeinde ist berechtigt, auch persönliche Dienste der Gemeindeangehörigen zur Erfüllung der ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben und für Fälle der Not in Anspruch zu nehmen.

Zur Teilnahme an den Gemeindevahlen sind alle Deutschen berechtigt, die das 20. Lebensjahr vollendet haben und am Wahltag seit 6 Monaten auf der Gemarkung ihren Wohnort haben. Wer das Wahlrecht infolge Wegzugs verloren hat, jedoch vor Ablauf von 3 Jahren wieder in die Gemeinde zurückkehrt, erhält mit der Rückkehr das Wahlrecht wieder. Für die Soldaten ruht das Wahlrecht während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Zu einem Gemeindevahlwähler ist jeder mindestens 25 Jahre alte Wahlberechtigter, dessen Wahlrecht nicht ruht. Wer wählbar ist, ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, verpflichtet, gemeindliche Ehrenämter anzunehmen. Wer die Wählbarkeit verliert oder aus der Partei oder Wählergruppe, auf deren Vorschlag er gewählt wurde, ausscheidet, verliert das ihm übertragene Amt. Die Entscheidung hierüber steht dem Gemeinderat zu.

Die Vertretung der Gemeinde und die Verwaltung ihrer Angelegenheiten kommt dem Gemeinderat zu. Neben dem Gemeinderat besteht in Mittel- und Großen Gemeinden sowie den Städten der Bürgerausschuß, der sich aus dem Gemeinderat und den Gemeindeverordneten zusammensetzt, in den kleinen Gemeinden die aus den Wahlberechtigten sich bildende Gemeindeversammlung. Der Gemeinderat besteht a) aus dem Bürgermeister, b) aus 6 bis 24 ehrenamtlich tätigen Gemeindevorständen. Außerdem gehören dem Gemeinderat an die in der Gemeinde bestellten stellvertretenden Bürgermeister und die bezogenen Gemeindevorstände. Wenn stellvertretende Bürgermeister bestellt sind, führt der Bürgermeister die Amtsbezeichnung Oberbürgermeister; die stellvertretenden Bürgermeister führen die Amtsbezeichnung Bürgermeister. Die Zahl der ehrenamtlich tätigen Gemeindevorstände, gegebenenfalls auch der stellvertretenden Bürgermeister und bezogenen Gemeindevorstände wird durch Gemeindebesatzung bestimmt.

Die Bürgermeister werden auf die Dauer von 9 Jahren, die bezogenen Gemeindevorstände auf die Dauer von 4 Jahren durch die Mitglieder des Bürgerausschusses, in Gemeinden mit höchstens 2000 Einwohnern unmittelbar von den Wahlberechtigten gewählt. Wenn in drei Wahltagfahrten eine gültige Wahl des Bürgermeisters aus dem Grunde nicht zustande kommt, weil keiner die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigt oder der Bewählte nicht wählbar ist oder die Wahl nicht annimmt, so wird der Bürgermeister auf die Dauer von höchstens zwei Jahren durch das Ministerium des Innern ernannt. In den Städten muß einer der Bürgermeister oder bezogenen Gemeindevorstände die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt haben. Die Bearbeitung der politischen Angelegenheiten ist einem in solcher Weise vorgebildeten Mitglied des Gemeinderats zuzuweisen. Bei den Besoldungs- und Versorgungsbestimmungen der Bürgermeister wird u. a. auch bestimmt, daß bei Entstehen eines Streites zwischen der Ge-

meinde und dem Bürgermeister oder bezogenen Gemeinderat über das Vorliegen der Voraussetzungen zur Vereinerung in den Ruhestand, die Staatsaufsichtsbehörde entscheidet und deren Entscheidung durch die Beschwerde an das Ministerium des Innern und die Klage bei dem Verwaltungsgerichtshof angefochten werden kann.

Die Wahl der auf 4 Jahre zu wählenden ehrenamtlich tätigen Gemeindevorstände erfolgt nach den für die Wahl der Gemeindeordnung geltenden Grundregeln der Verhältniswahl, und zwar in den Großen Gemeinden und den Städten durch die Gemeindeverordneten, in den kleinen und mittleren Gemeinden durch die Wahlberechtigten. Die Tagesordnung und die Reihenfolge der Wahlberechtigten der Gemeinden und der Gemeindevorordneten werden in den Städten einschließlich der mittleren Stadtgemeinden durch Gemeindebesatzung, für die übrigen Gemeinden durch Verordnung geregelt. Die Geschäftsbefugnisse, welche für einzelne Dienstverrichtungen der Gemeindebehörden zu entrichten sind, werden durch Verordnung bestimmt.

Die Zahl der Gemeindeverordneten beträgt in den Gemeinden von 201-500 Einwohner 24, 501-2000 Einwohner 36, 2001-4000 Einwohner 48, 4001-10000 Einwohner 60, 10001 bis 20000 Einwohner 72, über 20000 Einwohner 84. Die auf 4 Jahre zu wählenden Gemeindeverordneten werden von den Wahlberechtigten nach den Grundregeln der Verhältniswahl mittels Vorschlagslisten gewählt, wobei die Wahl auf die in den Vorschlagslisten enthaltenen Bewerber beschränkt ist (gebundene Listen). Die Gemeindeverordneten sind ehrenamtlich tätig. Wenn sie im Auftrag des Gemeinderats in Gemeindeangelegenheiten Dienstverrichtungen vornehmen, haben sie Anspruch auf Ertrag der ihnen erwachsenden Baraufwendungen, bei auswärtigen Dienstgeschäften auf die Vergütungen der Gemeindevorstände. Außerdem erhalten Gemeindevorordnete, die als Folge ihrer Teilnahme an den Sitzungen oder sonstigen dienstlichen Verrichtungen einen Ausfall an Lohn oder Verdienst nachweisen, hierfür Ersatz. Die Inanspruchnahme der Gemeindevorordneten hat, wo ein Gemeindeverordnetenvorstand besteht, im Benehmen mit diesem zu erfolgen.

Der Bürgermeister leitet die gesamte Gemeindeverwaltung. Er bereitet die Beschlüsse des Gemeinderats, des Bürgerausschusses und der Ausschüsse vor, beruft deren Versammlungen, führt in Gemeinderat, im Bürgerausschuß und in den Ausschüssen den Vorsitz, bringt die Gegenstände zum Vortrag, sorgt für den Vollzug der gefassten Beschlüsse. Er setzt im Benehmen mit dem Gemeinderat den Geschäftskreis der stellvertretenden Bürgermeister und der bezogenen Gemeindevorstände fest und regelt auch die Verteilung einzelner Geschäfte zu einem bestimmten Geschäftskreis. Er ordnet an, in welcher Richtung sich deren Tätigkeit an dem Gemeinderat und die Ausschüsse sowie deren Vorbereitung bewegen sollen; er bleibt berechtigt, jedes Geschäft selbst zur Bearbeitung zu übernehmen.

Den ehrenamtlich tätigen Gemeindevorständen können vom Gemeinderat mit Zustimmung des Bürgermeisters bestimmte Geschäfte zugewiesen werden. Der Gemeinderat wird zu seinen Sitzungen vom Bürgermeister einberufen; die Einberufung hat monatlich mindestens zweimal zu erfolgen. Auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder muß der Gemeinderat berufen werden. Der Gemeinderat ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Wenn ein Mitglied bei einem Geschäftsbesitz ist, so darf es an der Beratung und Beschlußfassung nicht teilnehmen. Leber die in ihrer amtlichen Stellung ihnen bekannt gewordenen Angelegenheiten, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich oder von den Gemeindebehörden oder den zuständigen Staatsbehörden vorgeschrieben ist, haben die Mitglieder des Gemeinderats und der Ausschüsse Verschwiegenheit zu beobachten, auch nachdem sie aus ihrer amtlichen Stellung ausgeschieden sind, es sei denn, daß sie durch den Gemeinderat, den Bürgermeister oder die zuständige Staatsbehörde von der Schweigepflicht entbunden worden sind. Die Sitzungen des Gemeinderats sind nicht öffentlich. Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht ein Ausschuß oder der Bürgermeister zuständig ist.

Bei der Beratung und Beschlußfassung über Angelegenheiten der Schulen findet eine Mitwirkung der Lehrer, Geistlichen und Schullehrer statt. Gleiches gilt für die Armenpflege, und zwar müssen diese Persönlichkeiten hierbei eingeladen werden. Sie nehmen an den beschließenden und beratenden Ausschüssen mit vollem Stimmrecht teil.

Im übrigen können sich die Ausschüsse aus Mitgliedern des Gemeinderats, aus Gemeindeverordneten und aus wählbaren Einwohnern zusammensetzen. Sämtliche Mitglieder werden vom Gemeinderat, wo ein Gemeindeverordnetenvorstand besteht, in gemeinsamer Beschlußfassung mit diesem, ernannt. Bei der Bildung der Ausschüsse sollen die im Bürgerausschuß bestehenden Gruppen entsprechend berücksichtigt werden.

Der Bürgerausschuß wird vom Bürgermeister berufen, so oft es die Geschäfte erfordern. Die Verhandlungen des Bürgerausschusses sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Gemeinde oder des Staates oder berechtigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen. Die Beratung und Beschlußfassung darüber, ob entgegen dem Vorschlag des Vorsitzenden ein Gegenstand in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln ist, erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung.

In den Städten wählen die Gemeindeverordneten für den Zeitraum bis zur nächsten allgemeinen Gemeindevahl einen Vorstand nach den für die Wahl der Stadträte geltenden Grundregeln der Verhältniswahl und sodann aus dessen Mitgliedern in einem besonderen Wahlgang den Obmann des Vorstandes als dessen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter des Obmanns. Auch die nichtstädtischen Gemeinden können einen Gemeindeverordnetenvorstand wählen. Der Gemeindeverordnetenvorstand kann im Bereich des gemeindlichen Aufgabensbereiches schriftliche Anfragen an den Gemeinderat richten. Er muß diejenigen Anfragen an den Gemeinderat leiten, die von mindestens drei Gemeindeverordneten ausgehen. Der Gemeinderat hat die Anfragen binnen einem Monat schriftlich oder in einer Sitzung des Bürgerausschusses zu beantworten; in letzterem Fall findet eine Aussprache über den Gegenstand nicht statt. Der Gemeindeverordnetenvorstand kann im Bereich des Aufgabensbereiches der Gemeinde bestimmte gefasste schriftliche Anfragen an den Gemeinderat richten. Er muß diejenigen Anfragen an den Gemeinderat leiten, die von mindestens drei Gemeindeverordneten ausgehen. Der Gemeinderat hat über diese Anfragen zu beschließen und seinen Beschluß binnen einem Monat entweder schriftlich dem Vorstand zu übermitteln oder in einer Sitzung des Bürgerausschusses mitzuteilen. Eine Aussprache und Meinungsäußerung der Gemeindeverordneten über den Gegenstand ist in der Bürgerausschußsitzung, in der die

Mitteilung erfolgt, und, wenn schriftliche Mitteilung erfolgt ist, in der nächsten Sitzung herbeizuführen, wenn mindestens ein Drittel der Gemeindeverordneten es verlangt.

In einer Reihe von Paragraphen wird die Zuständigkeit des Bürgerausschusses festgelegt, wobei u. a. bestimmt wird, daß der Gemeinderat und der Bürgermeister jeden Beschluß des Gemeinderats der Zustimmung des Bürgerausschusses unterstellen können. In kleinen, mittleren und Großen Gemeinden mit Ausnahme der mittleren Stadtgemeinden kann auch die Staatsaufsichtsbehörde anordnen, daß ein Beschluß des Gemeinderats dem Bürgerausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Der Bürgerausschuß kann seine Zustimmung nicht an solche Bedingungen knüpfen, welche die Zuständigkeit des Gemeinderats beschränken. Durch die Zustimmung des Bürgerausschusses wird der Gemeinderat nicht verpflichtet, seinen Beschluß auszuführen. Der Bürgerausschuß kann beschließen, gegen Mitglieder des Gemeinderats wegen pflichtwidriger Handlungen zum Nachteile der Gemeinde Klage auf Schadensersatz zu erheben. Zur Erhebung der Klage ist der Gemeindevorordnetenvorstand und in Ermangelung eines solchen ein vom Bürgerausschuß zu diesem Zwecke bestellter Ausschuß befugt.

Durch Gemeindebesatzung kann bestimmt werden, daß für bestimmte Arten von Geschäften oder für solche Geschäfte, deren Tragfähigkeit die Anhörung des Bürgerausschusses nicht gestattet, ein aus Gemeindeverordneten und Mitgliedern des Gemeinderats bestehender Ausschuß (Gemischter Ausschuß) die Zuständigkeit des Gemeinderats und des Bürgerausschusses vereinigt. Diesen Ausschuß müssen doppelt so viele Gemeindeverordnete als ehrenamtliche Mitglieder des Gemeinderats angehören.

In den kleinen Gemeinden tritt die Gemeindeversammlung an Stelle des Bürgerausschusses. Die Gemeindeversammlung wird vom Bürgermeister berufen und geleitet. Die Wahlberechtigten sind zum Erscheinen in der Gemeindeversammlung verpflichtet.

In einer Reihe von Paragraphen regelt die neue Gemeindeordnung die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten und Gemeindebediensteten, teils das Dienststrafrecht und die Zwangsmaßnahmen teils.

Auf Antrag eines Viertels der bei der letzten Gemeindevorordnetenwahl Wahlberechtigten kann durch Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit aller Wahlberechtigten die Auflösung des Bürgerausschusses beschlossen werden. Eine Volksabstimmung über die Auflösung des Bürgerausschusses ist auch herbeizuführen, wenn das Ministerium des Innern dies anordnet. Mit der Anordnung tritt der Bürgerausschuß bis nach erfolgter Volksabstimmung außer Tätigkeit. Das Ministerium des Innern bestimmt, in welcher Weise die Zustimmung des Bürgerausschusses zu Beschlüssen des Gemeinderats für die Zwischenzeit zu erfolgen ist. Die Auflösung des Bürgerausschusses umfaßt auch den Gemeinderat; auf die Bürgermeister erstreckt sich die Auflösung des Bürgerausschusses nicht. Die Neuwahl hat binnen 3 Monaten zu erfolgen.

In den Vorschriften über den Gemeindehaushalt wird bestimmt, daß der Bürgermeister spätestens im Laufe des Jahres den Entwurf des Haushalts für das nächste Rechnungsjahr dem Gemeinderat vorlegen soll. In dem Vorschlag müssen alle Einnahmen, alle Ausgaben, auch solche für unvorhergesehene Fälle, und die Deckungsmittel für die Ausgaben aufgeführt sein. Der Gemeinderat soll im Laufe des Februar den Vorschlag an den Bürgerausschuß leiten, der ihn im März feststellen soll. In den mittleren und kleinen Gemeinden ist der Vorschlag von der Staatsaufsichtsbehörde zu genehmigen. Die näheren Bestimmungen über die Aufstellung des Haushalts werden durch Verordnung getroffen; die Städte können durch Gemeindebesatzung mit Genehmigung des Ministeriums des Innern eine abweichende Regelung treffen. Unvermeidbare Ueberforderungen der voranschlagsmäßigen Ausgaben sind dem Gemeinderat vom Bürgermeister bedingungslos zur Kenntnis zu bringen. Sonstige Ueberforderungen und unvorhergesehene Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Gemeinderates. Der Fehlbetrag eines Rechnungsjahres ist, sofern nicht geeignete Mittel verfügbar sind, zur Deckung spätestens in den Voranschlag des übernächsten Jahres einzustellen; ausnahmsweise kann der Fehlbetrag auf die drei nächsten Wirtschaftsjahre verteilt werden. Das Vermögen der Gemeinde (Grundstock) ist in seinem Bestand unverändert zu erhalten. Die laufenden Tilgungsbeträge für Schulden dürfen nicht aus dem Vermögen entnommen werden. Ansehen sollen nur zu werden, wenn und im übrigen nur zu Ausgaben von dauerndem Nutzen für die Gemeinde aufgenommen werden, zu deren sofortiger Deckung die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht genügt.

Bezüglich des Bürgergenusses, dem zahlreiche Bestimmungen gemindert sind, wird bestimmt, daß er in seinem Umfang vom 1. Januar 1922 nicht erweitert werden darf. Der Gemeinderat ist verpflichtet, die Altgrundstücke den Bürgern, welche sie im Bau verwahrt haben, zu entsetzen. In den Gemeinden über 1000 Einwohner kann ein weiterer Einkauf in den Bürgergenuss nicht stattfinden.

Des weiteren enthält die neue Gemeindeordnung noch Bestimmungen über Zusammenschlüsse Gemeinden, abgeordnete Gemarkungen und verschiedene besondere Bestimmungen, worin u. a. festgelegt wird, daß die neue badische Gemeindeordnung mit dem 1. April 1922 in Kraft tritt.

## Gewerkschaftliches

Der Gelbe Bund der Bäcker und Konditoren nicht tariffähig. Ein beachtenswertes Gutachten in dieser heiß umstrittenen Frage hat der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates an den Reichsarbeitsminister abgegeben. Dasselbe verdient schon deshalb weitgehende Beachtung, da auch alle mit Tariffragen beschäftigten Behörden und sonstige Instanzen sich künftig darauf einstellen haben, und lassen wir deshalb den ganzen Wortlaut folgen:

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beantwortet das Schreiben des Reichsarbeitsministers dahingehend, daß er den Bund der Bäcker-(Konditoren)-Gesellen Deutschlands als eine tariffähige wirtschaftliche Vereinigung der Arbeitnehmer des Bäckergewerbes nicht anerkennt, da der Bund sowohl nach seiner Entstehung als auch nach seinem Verhalten sich als eine von den Arbeitgeberern abhängige Organisation erweist und auch der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands nach seinem Beschluß vom 30. Juni 1921 diesen Bund als eine wirtschaftsrechtliche (gelbe) Organisation betrachtet, die nach Ziffer 3 der Vereinbarung vom 15. November 1918 weder einer Spitzenorganisation der Gewerkschaften noch einer Reichsarbeitsgemeinschaft angehören kann.

**Pfeil-Spar-Glühkörper**

Manfordere ausdrücklich Pfeil-Spar-Glühkörper und achte auf die Pfeil-Schutzmarke

**25% Gas-Ersparnis**

# Der Wahlkampf

## „Wie der Landtag zusammengesetzt ist, ist mir Wurscht“

— So äußerte sich am Samstag einer der Führer der badischen Unabhängigen, der Reichstagsabgeordnete Adolf Ged-Offenburg, als Diskussionsredner in einer Wählerversammlung unserer dortigen Partei. In der Versammlung sprachen als Referenten unser Spitzenkandidat im 4. Kreis, Eisenbahninspektor Wirth-Appenweier und der neue zweite Bürgermeister von Offenburg, Genosse Dr. Wührer, bisher Landgerichtsrat in Karlsruhe. Wie die Unabhängigen in Offenburg die „Einheitsfront des Proletariats“ aufstellen, das zeigen sie dadurch, daß sie zwar in keiner einzigen der bisher von bürgerlicher Seite dort veranstalteten Wählerversammlungen das Wort zu ergreifen wagten, wohl aber in unserer Versammlung gleich zwei Redner vortraten, die recht lange und langweilig reden mußten, offenbar, damit die zahlreichen Besucher auseinanderließen und unsere Referenten ihre Schlusswort-Entgegnung vor leerem Hause machen könnten. Bei diesem Versuch, die Versammlung mit geschäftsordnungsgemäßen Mitteln zu sprengen, tat der U.S.P.-Hauptling Adolf Ged die (oben erwähnte) Bemerkung, es sei ihm ganz Wurscht, wie der Landtag zusammengesetzt sei, da ja doch alles in Berlin entschieden werde.

— Ist das die Stellung, die die U.S.P. zum Wahlkampf in Baden einnimmt? Wozu dann eine U.S.P.-Kandidatenliste? Wozu überhaupt ein Eintreten der U.S.P. für die Teilnahme an der Wahl? Die badische Arbeiterkammer, die aus der Liste der badischen Landtagsabgeordneten etwas besser als Herr Adolf Ged in Offenburg weiß, wie viel und gerade auch für die wichtige Frage im Karlsruher Parlament entschieden werden, wird sich dieses Schindluderstreichen mit ernstlichen Dingen merken.

### Von der Wahlagitator im Oberland

Reichstagsabg. Genosse Oskar Ged-Mannheim sprach am letzten Samstag und Sonntag in den Volkerversammlungen in den Städten Säckingen, Schopfheim und Müllheim. In Schopfheim, wo am Sonntag nachmittag trotz des herrlichen Herbstwetters eine recht stattliche Anzahl von Hörern den Saal des Bahnhofs-Societäts füllte, kam es zu einer Auseinandersetzung mit dem Kommunisten, die einen ihrer Wanderprediger aus dem Rheinland, einen „Hauptlehrer Janßen aus Düsseldorf“, zur Erklärung unserer Versammlungen ins Oberland schickte. Der Versuch, das Referat Ged zu sprengen, wurde von diesem mit durchschlagendem Erfolg schon zu Anfang vereitelt. Die Herrschaften von Hermann Kemmele haben auch am Oberrhein, wie dort von überall her berichtet wird, endgültig abgewirtschaftet.

In Müllheim war die Versammlung für unsere Partei insofern ein fälliger Anlaß, als mit ihr die prächtige Festhalle ihre politische Feuerprobe erhielt, zu der die Stadtgemeinde die aus dem 14. Jahrhundert stammende, zuletzt protestantische Kirche, im Laufe dieses Jahres umgebaut hat. Der stimmungsvolle und große Raum war von mindestens 600 Personen gefüllt, die den etwa 1 1/2 stündigen Ausführungen des Abg. Ged mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten und ihnen am Schluß stimmungsvollen Beifall gollten. Das Eingreifen zweier Anrufer aus deutschnationalen und kommunistischen Kreisen veränderte den Erfolg unserer Partei nur, von dem sich unsere Müllheimer Genossen den günstigsten Einfluß auf das Wahlergebnis des 30. Oktober versprechen. — Eine Versammlung, die die Unabhängigen kurz zuvor in einem Wirtschaftshotel in Müllheim veranstalteten, wies nach Abzug der Teilnehmer aus unsern Reihen ganze 7 — sieben! — Besucher auf.

**U. Gabelshausen, 10. Okt.** Am Sonntag sprach Genosse Abg. Ged im Gabelshaus zum „Lamm“ über die Tätigkeit des verlassenen Landtags; die Versammlung hätte besser besucht sein können, 70 Wähler waren erschienen. Der Redner erlitt eine eingehende Kritik über die Tätigkeit des verlassenen Landtags und befragte sich dann mit den einzelnen Parteien, besonders mit dem Landbund und den deutschnationalen. Der Landbund sei ein Gewächs der norddeutschen Junker, die deutschnationalen waren diejenigen, die sich am 9. November betreten haben, als Deutschland dem Verfall nahe stand. Diese Parteien seien die Alleinschuldigen an unserm Unglück. Der Redner ging zum Schluß noch auf das Siedlungsrecht ein, das ja auch für unsern Ort von Bedeutung ist. Gegenüber der Behauptung der Nationalisten des Landbundes, das Siedlungsrecht sei noch nicht in Kraft getreten, stellte Genosse Ged fest, daß das Gesetz schon seit März dieses Jahres in Kraft sei. — Die Diskussion bewegte sich im Rahmen der Ausführungen des Redners.

**g. Gertsweiler, 12. Okt.** Sonntag fand hier im Götthaus zum „Schwanen“ eine gut besuchte Volkerversammlung statt, zu der Landtagsabgeordneter Mellerert aus Karlsruhe übernahm hatte. In 1 1/2 stündiger Rede schilderte der Referent vor einer rein landwirtschaftlichen Zuhörerschaft das Wesen des sogenannten Landbundes und die Bedeutung der Landtagswahl, wofür ihm am Schluß reichlicher Beifall gezollt wurde. Bei der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht. In kurzen Worten forderte sodann der Versammlungsleiter die Anwesenden auf, am 30. Okt. ihre Stimme für die sozialdemokratische Partei abzugeben. Eine Teilerfassung ergab den Betrag von 34,52 A.

**g. Gertsweiler, 12. Okt.** Letzten Sonntag abend sprach im Götthaus zum Kappen in einer gut besuchten Versammlung Landtagsabg. Mellerert aus Karlsruhe über die politische Lage und die kommenden Landtagswahlen. In seinem stündigen Vortrage geißelte der Redner scharf das Verhalten der deutschnationalen und ihrer Presse, was einen anwesenden Landbundler, einem Herrn Adolf, auf die Nerven ging, weshalb er den Redner zu unterbrechen versuchte, jedoch erst vom Versammlungsleiter mehrmals in die Schranken zurückverwiesen werden mußte. In der darauffolgenden Diskussion ergriff der Herr dann das Wort, überhitzte aber darauf, daß kein Mensch verstand, was er eigentlich wollte. Sein Erfolg war ein außerordentlich schlechter, besonders als ein zweiter Redner in humoristischer Form die Anwesenden noch aufforderte, ihre Stimme ja nicht einem Bientzger und Schürzenjäger zu geben. In seinem Schlusswort leuchtete der Referent dem deutschnationalen Landbundler kräftig heim, wofür ihm von der Versammlung reichlicher Beifall gezollt wurde. Die Teilerfassung ergab trotz Aufbeorderung des Helden Herrn Adolf an seine anwesenden Mitarbeiter, nichts zu spenden, doch einen schönen Betrag.

**g. Gertsweiler, 12. Okt.** Die am letzten Sonntag stattgefundenen Wählerversammlungen in Egersweiler und Säckingen erfreuen sich eines guten Besuches. Eisenbahninspektor Genosse Wirth-Appenweier sprach über die politische Lage im Reich und über die bevorstehenden Landtagswahlen und erzielte großen Beifall. Dem Beifall konnte durch eine Teilerfassung der Betrag von 42 A. zugewiesen werden. — In der örtlichen Mitgliederversammlung erlittete Gen. Fey. in der Bericht über den örtlichen Parteitag, seine Ausführungen waren sehr lehrreich und lösten allgemeine Zustimmung aus.

## Gemeindepolitik

Der Bürgermeister von Egersweiler ließ uns letzten Samstag telefonisch folgendes übermitteln: Der Bürgermeister will nicht weiter erwidern auf den Artikel vom letzten Mittwoch, weil der Artikelreiber ein Schwerverbrechungsdelinquant ist, Adolf Hebel von Egersweiler, und nicht mehr zu den nor-

malen Menschen gerechnet werden kann, was auch von Seiten des Bezirksamts Karlsruhe bestätigt worden ist. — Wir bemerken hierzu nur kurz, daß uns der Herr Hebel völlig unbekannt ist, daß dieser Mann mit dem Artikel auch nicht das geringste zu tun hat. Wir raten ihm deshalb, gegen den Bürgermeister das weitere zu veranlassen. In übrigen erhält das Bild, das wir von dem Herrn Bürgermeister entworfen haben, durch obiges Telegramm nur eine weitere charakteristische Vervollständigung.

**\* Forstheim, 5. Okt.** Die Heilsarmee beschäftigt auf ihrem Grundstück an der Pfälzerstraße ein Mädchenheim zu errichten, das neben 15 Räumen für etwa 40 Mädchen noch vier Dreizimmerwohnungen enthalten soll. Der Heilsarmee soll für diesen Bau ein städtisches Baudarlehen in Höhe von 484 000 M. gewährt werden. Der Bau soll rund eine Million Mark kosten. — Ferner beschäftigt die Bau- und Spargenossenschaft im Stadtteil Brödingen eine Wohnhausgruppe von 12 Häusern mit einem Aufwand von 1 Million Mark zu errichten. Hierfür sollen an Landesdarlehen rund 300 000 M. und an städtischen Darlehen rund 550 000 M. gegeben werden. Bewilligt der Bürgerausschuß diese beiden Darlehen, so erhöht sich dadurch die zur Förderung des Wohnungsbaues insgesamt bewilligte Summe auf rund 35 1/2 Millionen Mark.

## Gerichtszeitung

### Schwurgericht Karlsruhe

In der vierten Sitzung des Schwurgerichts hatte sich die Julie Helene Köhler, geb. Haus, Ehefrau des Konstantin Köhler von Karlsruhe wegen

#### Mordverbrechen

zu verantworten. In der Verhandlung waren 12 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Kurz nach Beginn der Verhandlung mußte der Saal wegen Überfüllung geschlossen werden. Die am 21. Mai 1895 in Karlsruhe geborene Angeklagte Julie Köhler hat in der Nacht vom 29. Juli 1921 früh 1/2 Uhr in ihrer Wohnung in der Hlandstraße ihrem schlafenden Mann mit einem Haubell Schläge auf den Mund, die Stirn und den Hals versetzt. Am 30. September 1916 hatte die Angeklagte den heute als Zeugen ercheinenden Hilfsredner Konstantin Köhler geheiratet. Aus der Ehe war ein Kind entsprossen. Die Ehe war keine glückliche, denn am 11. Juli hatte die Angeklagte die Scheidung eingereicht. Auch am dem 28. Juli waren Streitigkeiten zwischen den Eheleuten vorgekommen. Der Mann war am Abend des 28. Juli nach Hause gekommen und hat nach Auslassung der Angeklagten ipische Reden gegen sie geäußert. Nachdem die Eheleute zu Bett gegangen waren, stand die Frau plötzlich wieder auf und vollführte die Tat. Sie jagte aus, sie habe ihren Mann nicht töten wollen. In der Voruntersuchung hatte sie die Tat nach anfänglichem Leugnen zugegeben. Die Angeklagte war Damenschneiderin und betrieb das Geschäft mit einem gewissen, als Zeuge geladenen Vercher. Nach der Tat hatte sie dem Vercher gerufen und war in dem Sinne, wie wenn Diebe im Hause seien. Die Angeklagte stellte einen intimen Vercher, sowie jede Mitwirkung des Vercher in Abrede. Der Ehemann der Angeklagten, der als erster Zeuge vernommen wurde, schilderte das rühre Bild seiner Ehe. In dem betr. Abend habe er seiner Frau Vorkathungen über Gebrauch gemacht. Sogar trübe sei die Frau gegen ihn gewalttätig vorgegangen. Der Ehemann schilderte dann, wie er nach den Vorkathungen aufgesprungen sei. Seine Frau sei vor dem Zimmer des Vercher gestanden und habe gerufen: „Eugen, Eugen (das ist der Vorname des Vercher), schmel, iduell, gib ihm noch eine, er geht davon.“ Vercher kam dann aus dem Zimmer und hatte kein verdecktes Aussehen, sondern war jancweck. Der Ehemann hatte das Weis in der Hand, ging zur Treppe und rief um Hilfe. Eine im Haus wohnende Familie nahm den Vercher auf und legte ihm den ersten Verband an. Seine Frau rief inzwischen: Hilfe, Hilfe, Einbrecher! — Der jodam-vernommene Zeuge Vercher, gegen den ebenfalls ein Verfahren eingeleitet ist, stellte in Abrede irgend etwas von der Tat gewußt zu haben. Ein weiterer Zeuge, der Hausbesitzer Baldvogel und dessen Sohn stellten dem Ehemann Köhler ein gutes Zeugnis aus, während von der Ehefrau nur Unzulänglichkeiten im Anlauf war. Die Stiefschwester und die Mutter der Angeklagten verweigerten das Zeugnis. Zeugin Goldschmidt, bei der die Angeklagte als Mädchen in Stellung war, stellt diese als leichtfertig hin. Der Sachverständige, Bezirksarzt Dr. Warth, bescheinigte die Angeklagte als für ihre Tat voll verantwortlich; der Ehemann Köhler trägt keine dauernden Folgen seiner Verletzungen davon.

Nach der Mittagspause begann das zweite Stunden währende Plaidoyer. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Dr. Heinschmeier, hielt es für erwiesen, daß die Köhler ihren Mann beseitigen wollte. Die Tat sei mit voller Überlegung, ausgeführt worden, jedoch die Frage des Mordverbrechens festzuwerden müsse. Am Zweifelsfalle könne nur Vorlage des Verchert unter Verlegung mildernder Umstände in Betracht kommen. Verteidiger Rechtsanwalt Marx u. plädierte auf Körperverletzung und Verhütung mildernder Umstände. Die Tat sei psychologisch aus dem Triebleben der Angeklagten zu erklären und die Voraussetzung der Überlegung sei zu verneinen. Der Advokat der Geschworenen lautete auf geistliche Körperverletzung; mildernde Umstände wurden zugewilligt.

Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte auf Grund des Advokates der Geschworenen zu 2 Jahren Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft. Die Kosten fallen ebenfalls der Angeklagten anheim.

## Kleine badische Chronik

**\* Heilsheim, 11. Okt.** Die Frau des Schmiedemeisters Trautwein, die schwer erkrankt war, ertränkte sich im Saalbad.

**\* Forstheim, 12. Okt.** Der hiesige Haus- und Grundbesitzerverein hat in seiner letzten Versammlung in einer Entscheidung dem Vorsitzenden des hiesigen Komitees, Rechtsanwalt Drenk, ein Mißtrauensvotum ausgesprochen und erklärt, wenn nicht vom Stadtrat ein neutraler Vorsitzender an die Spitze des Komitees gestellt werde, würden die Hausbesitzer in die geschlossene Steuer- und Anlageverteilung eintreten.

**\* Bauschlott, 12. Okt.** Frecher Einbruch diebstahl. Vorgestern nachmittags drang ein unbekannter Dieb in das Anwesen des Landwirts Aug. Lubw. Kroll (neben dem Gendarmeriegebäude), der sich mit seiner Familie auf dem Felde befand und raubte einen Geldbetrag von 17 000 M., außerdem zwei Taschenmesser, verschiedene Kleidungsstücke. Das Geld war zur Prahlung von Aussteuermöbeln für die Tochter bereit gelegt.

**\* Mannheim, 11. Okt.** Das Oppauer Explosionsunglück hat bereits zu einem Wader mit Ziegeln und Bausteinen geführt und das Bezirksamt Mannheim mußte laut „Volkstimme“ Veranstaltung nehmen, gegen den Baurat, der mit Baustoffen betrieben wird, einzuschreiten. Seit etwa 3 Wochen ist von den hiesigen Baustoffhändlern der Preis für 1000 Stück Holzziegel von 1450 M. auf 8000 M. ab Lager in die Höhe getrieben worden, eine Steigerung, die sich mit nichts rechtfertigen läßt.

**\* Kappelrodt, Amt Achern, 12. Okt.** Ein junger Mann von hier schlug einen Altersgenossen nach vorausgegangenem

Wirtschaftsstreit mit einer Saue nieder, wobei der Leberfallent so schwer verletzt wurde, daß er nach Achern ins Krankenhaus verbracht werden mußte.

**Dinglingen, 12. Okt. (Brand.)** Im Anwesen der Gesellschaft für Kalzifabrikation brach ein Brand aus von mehreren Stunden Dauer. Der Gebäudeschaden ist nur gering, dagegen ist eine große Menge von Kalzifabrikat vernichtet worden. — Anfall. Das Fuhrwerk einer Fahrtr Dampfzweigelt erlitt einen Unfall, indem es, während der Frühzug der Fahrtr Eisenbahn von Aied her ankam, in die Nähe der Gleise geriet. Die beiden Pferde kamen unter die Lokomotive zu liegen und wurden ziemlich schwer verletzt. Glücklicherweise konnte der Zug noch zum Stehen gebracht werden, sonst hätte leicht ein größeres Unglück angerichtet werden können.

**\* Freiburg, 12. Okt. (Ausfahrungen.)** Wüste Ausfahrungen ließen sich am Sonntag nachmittag drei Gelegenheitsarbeiter auf dem Karlsplatz zuschulden kommen. Der Aufforderung eines Polizeibeamten, nicht zu lärmern, kamen sie nicht nach, sie widersetzten sich dann auch der Festnahme und wurden gegen den einschreitenden Polizeibeamten tätlich. Ein von auswärts auf Urlaub hier weilender Polizeibeamter leistete seinem Kameraden tatkräftige Hilfe, jedoch die Radanbrüder festgenommen werden konnten.

**Krozingen bei Staufen, 12. Okt.** Bei Arbeiten an der elektrischen Stromleitung kam der 40jährige Arbeiter Häbler aus Krozingen den Drähten zu nahe und wurde von dem elektrischen Strom auf der Stelle getötet.

## Aus der Stadt

\* Karlsruhe, 13. Oktober.

### Geschichtskalender

13. Oktober, 1821 \* Der Mediziner Rudolf Virchow zu Schiebelheim in Bornumern. — 1865 Allgemeiner deutscher Arbeiterverein geschlossen.

### Karlsruher Parteinaudrichten

**Bezirk Alt- und Südstadt.** Sonntag, 16. Oktober, abends, findet im Rest. „Grünwald“, Ecke Krieg- und Ruppurrerstraße, eine Zusammenkunft der Parteigenossen und deren Angehörigen statt, zu einer gemütlichen Unterhaltung. Für gesellige, komische und musikalische Unterhaltung ist bestens Sorge getragen. Auch Freunde und Gönner der Sache sind freundlichst eingeladen und herzlich willkommen. Also Parteigenossen und Genossinnen, nach Schluß der öffentlichen Frauenversammlung trifft sich alles im „Grünwald“.

**Wiedereröffnung der Bibliothek des Sozialdem. Vereins.** Die sehr umfangreiche Bibliothek des Sozialdem. Vereins ist neu hergerichtet und findet die erste Bücherausgabe am Freitag, abends von 7 1/2 — 9 1/2 Uhr in der Volksbuchhandlung, Adlerstraße 16, statt. Außerdem ist jeden Freitag von 7 1/2 — 9 1/2 Uhr Bibliothekstunden. Die Genossen und Genossinnen werden erjucht, die Bibliothek recht stark zu besetzen, denn jeder strebsame Mensch muß sich angelegen sein lassen, sich so viel wie möglich Wissen anzueignen, um den Erfordernissen der Zeit gerecht werden zu können.

**Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe.** Heute abend 8 Uhr findet im Lokal, Sandarbeitsaal der Hebelstraße, ein Spiel- und Lesabend statt. Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen erjucht.

## An die Frauen und wahlberechtigten Mädchen

Die Landtagswahlen stehen vor der Tür, da ist es notwendig, daß sich die Frauen und Mädchen der werktätigen Bevölkerung politische Aufklärung verschaffen, um bei der Wahl die Stimme derjenigen Partei zu geben, die auch die Interessen der Frau am wirksamsten vertritt. Wer sich über die politischen Vorgänge in der Politik und das Interesse der Frau an denselben orientieren will, der besuche die

### Öffentliche Frauenversammlung

am Sonntag abend 7 Uhr im oberen Saal des Konzerthauses.

Als Referentin hat Genossin Reichstagsabg. Toni Pfälfz aus Müllheim zugelangt, die als gute kenntnisreiche Rednerin bekannt ist. Es ergibt deshalb an die Genossinnen und Genossen der Auf, für einen guten Besuch der Versammlung zu agitieren.

### Heraus mit den zuviel bezahlten Steuern

Man schreibt uns: Der Reichsanwalt hat vor nicht allzulanger Zeit die Lohn- und Gehaltsempfänger gemißrauchen als die Stützen des Staates bezeichnet, die durch den von ihnen getragenen Steuerabzug am Gehalt oder Lohn einen wesentlichen Faktor in der Bilanzierung unseres Staats darstellen. Und in der klaren Erkenntnis, daß jeder sein Teil beitragen muß, um die Lasten des Staates tragen zu helfen, leisten die Lohn- und Gehaltsempfänger keinen Widerstand.

Es ist nun schon eine geraume Zeit her, daß die vom Finanzamt ausgegebenen Fragebogen über Einkommensverhältnisse usw. zwecks Festsetzung der Steuer eingereicht sein mußten. Dabei hat sich für die meisten Lohn- und Gehaltsempfänger herausgestellt, daß sie eine zum Teil recht bedeutende Rückvergütung für feinerzeit zu hoch berechnete Abzüge zu erwarten haben. Es wäre am Platze gewesen, wenn nun die Steuerbescheide auf Grund dieser Angaben so rasch wie möglich in die Hände der Interessierten gekommen wären, damit diese die zuviel bezahlten Beträge sich hätten zurückholen können. Statt dessen muß nun diese Kategorie von Steuerzahlern, die gerade in Punkt „Steuer zahlen“ am schlimmsten daran ist, warten, bis die wohl schon längst fertiggestellten Steuerbescheide an die Adressaten übermitteln werden.

Es ist in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten nicht zu verkennen, daß sich die Behörden so wenig um die Interessen der Gehalts- und Lohnempfänger kümmern, vielmehr ihre mißliche Lage noch dadurch verschlimmern helfen, daß sie die Beträge, die in den meisten Fällen noch herauszuzahlen sind, bis heute zurückgehalten haben. Damit wird in diesen Kreisen das Valuta-Geld noch mehr zur Kalamität, denn es darf nicht verkannt werden, daß die Kaufkraft des Geldes in den letzten Monaten ganz erschreckend gesunken ist und daß die Grenzen des Sinkens noch gar nicht abzusehen sind. Dazu kommt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger gerade jetzt das Geld zum Einkauf der so notwendigen aber exorbitant teuren Wintervorräte sehr gut brauchen könnten.

Es ist deshalb eine Forderung der Gerechtigkeit, nicht des Wohlwollens, wenn endlich einmal die Steuerbescheide herausgehen und die Interessierten, die feinerzeit zuviel einbezahlt, mühsam erarbeiteten Groschen herausbekommen, zumal auch diese Kreise sehen, daß sie von der Steuererhebung bis jetzt am stärksten erfaßt worden sind, während große Kapitalisten bis jetzt noch nicht zur Besteuerung veranlagt sind, ganz davon abgesehen, daß ohne Zweifel eine große Anzahl unkontrollierbarer Einkommen niemals der Steuermaschine verfallt. Und diese Erkenntnis ist unter den oben geschilderten Verhältnissen ganz besonders bitter.

Also heraus mit den Steuerbescheiden und der Anweisung zur Rückzahlung der zuviel bezahlten Steuern.



Sonnen- und Mondfinsternisse am 16. Oktober. Eine teilweise Mondfinsternis ereignet sich in der Nacht vom 16. zum 17. Oktober.

Das oberbayerische Bauerntheater wird noch die ganze Woche im Apollotheater Vorstellung geben. Das Programm ist sehr abwechslungsreich und kommen die beliebtesten oberbayerischen Volkstücke zur Ausführung.

Stiftungsfest des Gesangsvereins 'Dura-Grünwinkel'. Am letzten Sonntag feierte der Gesangsverein 'Dura-Grünwinkel' im großen Saal zum 'Nühlen Krug' sein diesjähriges Stiftungsfest in Form einer in allen Teilen wohl gelungenen Herbstfeier.

Berufung an das Intern. Arbeitsamt. Oberregierungsrat Prof. Dr. Ing. R. Schmidt, Direktor des Bad. Gewerbeaufsichtsamtes, hat einen Ruf als Leiter einer neu zu gründenden Abteilung für techn. Arbeitsschutz an das Internationale Arbeitsamt in Genf.

Badisches Landestheater. Als erste Schauspielerstellung der Volksbühne gelangt am Freitag, den 14. Oktober, im Konzerthaus das Schauspiel 'Rosa Bernd' von Gerhart Hauptmann zum ersten Male hier zur Aufführung.

Aus der Badischen Kunstschule. Der Lesesaal des Kupferstichkabinetts wird nunmehr nach seiner Umordnung vom 18. Oktober an dem Publikum zugänglich gemacht.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Eine Aufführung von Mozarts 'Don Juan' bildet stets etwas Außerordentliches, und wenn, wie am Sonntag, die erste endgültige Bemühung einer großen Kraft hinzutritt, kann man mit der Besondereit eines solchen Theaterabends zufrieden sein.

Aufred Glaz als Leporello gab eine im gefangenen Vortrag wie in der darstellerischen Ausarbeitung gleichermaßen vorzüglich durchgeführte Figur, der sein vornehmer Humor vorzüglich zufließen kann.

Der Zugang befindet sich an der linken Seite der Hauptfront neben dem botanischen Garten eine Treppe hoch. Im Lesesaal findet man die Kunstabteilung, Buch- und Wappensammlung und Kunstdruckerei.

Handelshochschule. Das Wintersemester beginnt am 24. Oktober, die Vorlesungsliste ist für nächste Woche angekündigt. Wir sind in der Lage, über deren Inhalt heute schon folgendes bekannt zu geben.

Orchesterkonzert des Badischen Landestheaters. Samstag, 15. Oktober, findet im Konzerthaus ein Orchesterkonzert statt unter der Leitung des Herrn Sebecher van der Sloot.

Freitagskonzert im Stadtpark. Das am Freitag, 14. d. M. nachmittags von 4-7 Uhr stattfindende Konzert wird durch die Feuerwehrcapelle unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Obermusikmeisters a. D. Schotte, ausgeführt werden.

Valuta-Bericht vom 12. Oktober

Markkurs in der Schweiz gilt 4.80 Sts. Auszahlung Polanoland notierte 42.20 M per holl. Gulden. Schweiz notierte 23.50 per schw. Fr. England notierte 493 M per Pfd. Sterling.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 12. Oktober 1921

Die weisliche Störung hat nur unbedeutenden Strichregen gebracht. Im allgemeinen bleibt hoher Druck vorherrschend. Voraussichtliche Witterung bis Freitag nacht: Fortdauernd meist heiter, trocken, am Tage mild, vielfach Nebel.

Wasserspiegel des Rheins

Schwärmerfeld 44, Gef. 11; Reih 145; Ragau 205, Gef. 2; Mannheim 171, Gef. 3 Zentimeter.

Kleine Nachrichten

Frankfurt a. M. Wegen Brandlegung im Kulissenhaus in der Oper in der Nacht zum 28. März hatten sich sechs Angeklagte, die Mitglieder einer anarchischen Vereinigung waren, vor dem Schwurgericht zu verantworten.

Wubau. In Würzburg wurde in einem alten Keller bei Ausgrabungen ein Topf mit Goldmünzen gefunden. Man nimmt an, daß die Münzen in der Schwabenerzeit verfertigt worden waren.

Vereinsangeiger

Badischer Arbeiterklub. Am Freitag, den 11. d. M., abends 8 Uhr, Parteiverammlung im 'Röhl'. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Wohltätigkeitskonzert: 'Das Lied von der Glode'. Ein glänzend besuchtes Konzert gab der kath. Männerverein der St. Elisabeth im Mittwochabend in der Festhalle.

Der Vorstand. Ein glänzend besuchtes Konzert gab der kath. Männerverein der St. Elisabeth im Mittwochabend in der Festhalle. Die Veranstaltung stand im Zeichen der Wohltätigkeit.

Durch die hiesige erfolgreiche Aufführung des dramatischen Erbtums von Wolfgang Amadeus Mozart 'Die verkaufte Braut' unter Zugrundelegung der von dem Mozartforscher Anton Rudolf Gehoffenem teiglichen Erneuerung sind verschiedene große Bühnen mit dem Neugestalt in Fühlung getreten.

Letzte Nachrichten Die Schlussrede des Präsidenten

Die Entscheidung angeblich vom Geist der Gerechtigkeit, Unparteilichkeit und Verlässlichkeit getragen

Wien, 12. Okt. Die Tagung des Völkerverbundes über die oberösterreichische Frage ging heute zu Ende. Gegen 6 Uhr abends unterzeichneten die Ratmitglieder das Schlussprotokoll.

Meine Herren! Der Völkerverbund schließt sich glücklich bei der Lösung einer der schwierigsten und bewidrigsten Fragen angelangt zu sein. Er hat, davon bin ich überzeugt, eine der wichtigsten Aufgaben, die ihm je aufgetragen wurden, mit Erfolg durchgeführt.

Die Streikmänner rümpfen sich

Breslau, 12. Okt. Die Deutsche Volkspartei richtete an den Reichsanwalt Dr. Wirth ein Telegramm, in dem sie versichert, daß sie jede Maßnahme des Herrn Reichsanwalts zur Erhaltung des ungeteilten Oberösterreichs bei Deutschland unterstütze.

Die Proteste der Berliner Presse gegen den Völkerverbundstreik

Berlin, 13. Okt. (Privattelegramm). Einmütig erheben sämtliche Blätter stärksten Protest gegen die in Genf gefassten Beschlüsse über das Schicksal Oberösterreichs. Die 'Deutsche Allgemeine Zeitung' schreibt: Oberösterreich ist politisch wie wirtschaftlich eine unantastbare Einheit und es ist ein Verbrechen an der deutschen wie an der polnischen Bevölkerung des Westmühlentals, dieses im Laufe der Geschichte immer zusammengehörig geblieben Gebiet zu zersplittern.

Das 'Berl. Tagblatt' bezeichnet die Entscheidung des Völkerverbundes als welthistorischen Skandal. Der Völkerverbund habe sich mit grenzenloser Oberflächlichkeit und unter völliger Mißachtung jeglicher wahren Rechtsdenke zum Werkzeug der Gewalttätiger und Antiquitäten gemacht.

Der 'Vorwärts' sagt: Wir Deutschen dürfen seinen Preisel darüber lassen, daß der Friedenvertrag mit dem Teilungsplan des Völkerverbundes nicht erfüllt ist. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die starke Mehrheit der deutschen Arbeitervölkerung sind nicht genügend berücksichtigt worden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Elna, Vater Emil Wittmer, Meißner und Wirt Gifela Angeborg. Vater Erich Buchwald, Fern-Sekt. Anne, Vater Karl Wulbold, Bergschaffner. Anna, Vater Ernst, Friedrich, Reich, Buchhalter. Walter, Vater Karl Wulbold, Bergschaffner.

Todesfälle. Karl, Vater Ernst, Wirt. Anna, Mutter Rosa, Vater Jul. Alldach, Steuerassistent. Edith, Mutter Rosa, Vater Jul. Alldach, Steuerassistent. Edith, Mutter Rosa, Vater Jul. Alldach, Steuerassistent.

Todesfälle. Karl, Vater Ernst, Wirt. Anna, Mutter Rosa, Vater Jul. Alldach, Steuerassistent. Edith, Mutter Rosa, Vater Jul. Alldach, Steuerassistent. Edith, Mutter Rosa, Vater Jul. Alldach, Steuerassistent.

# Herren-Kleidung

Konfektion und Maß

Bevor Sie Anzug, Paletot, Schilhpier, Hose kaufen, wollen Sie unbedingt unser neues Geschäft besuchen; wir leisten das Aeußerste in Preiswürdigkeit. Nicht geringste Kaufnötigung; Schaufenster beachten.

# Krause & Baitsch

Waldstraße 11, gegenüber Hildenbrand.

# Wasser-Seife tun's nicht

beim Waschen, wenn die Wäsche schnell und doch vollkommen rein, sauber und frisch duftend werden soll. Um das zu erreichen, muß schon

# PERSIL

genommen werden! Es ist das anerkannt beste selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung!

Ohne Schärfe \* mit hohem Fettgehalt \* von unübertroffener Wasch- und Bleichkraft \* großer Ergiebigkeit und im Gebrauch erwiesener Billigkeit.

Wo andere Waschmittel versagen, wenn es gilt, hartnäckige Flecken zu beseitigen oder noch so schmutzige Wäsche wieder blendendweiß zu machen, da

# tut es

Persil spielendleicht ohne Mühe und Anstrengung und mit geringem Kostenaufwand. Machen Sie daher einen Versuch und waschen Sie Ihre nächste Wäsche mit Persil. Sie haben den Nutzen davon! In unbekannter Güte wieder überall erhältlich.

Nur in Original-Packung, niemals lose!

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der alibekannten „HENKO“ Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

**Einkaufsgenossenschaft der Beamten u. Staatsarbeiter in Baden m. b. H.**  
Sitz Karlsruhe.  
Am Donnerstag, den 13. Oktober, Kartoffelabgabe an die Buchstaben K, L, M, N, O, P, Q, R, Verkauf von 8-12 und 2-4 Uhr am alten Bahnhof (Bahnhof).  
Weiter wird Führer zum Einschneiden für alle Mitglieder ausgeteilt.

**Handels-Hochschulkurse.**  
Das Wintersemester beginnt am **24. Oktober.**  
Die Vortragsliste befindet sich im Druck und erscheint nächste Woche.  
Das Kuratorium.

**Kohlen- u. Holzhandlung**  
**Farer & Co.**  
Kohlen G. m. b. H.  
Kohlen, Koks, Briketts, Brennholz  
Bei größerem Bedarf in Brennholz Sonderangebote.  
Stadtbüro Telef. 28 — Lagerbüro Telef. 378.

Damenhemden m. Stickerei v. Mk. 28.75 an  
Reinleider . . . . . von Mk. 29.95 an  
Nachjacken, farbig gute Qualität Mk. 42.75  
Männerarbeitshemden . . . . . Mk. 70.—  
Knabenhemden und Mädchenhosen in verschiedenen Preisen.  
Kinderstrümpfe, schwarz . . . . . Mk. 15.—  
Sportkragen in allen Welten und verschiedenen Farben Mk. 5.95  
Damenstrümpfe . . . . . Mk. 9.95  
Elegante Wäsche und Garnituren werden gut und prompt angefertigt.  
Stickereien.

**Beideck, Wilhelmstr. 13,**  
parterre, kein Laden.

**Kalk-Eier**  
(durchleuchtet) **2.20**  
per Stück Mark  
sowie

**Butter, Käse**  
aller Art  
**Milchzentrale**  
3 Lauterbergstraße 3.

**Darlehen!**  
Kaufmann sucht per sofort für kurze Zeit gegen große Sicherheit 15 000 Mk. Offerten unter Nr. 6562 an das Volksfreundbüro erbeten.

**Tüchtige Maurer und Cementeure**  
sucht 6557  
Baugeschäft Stober  
Rüppurrerstraße 13.

**Schreiner u. Glaser**  
für Herstellung von Bilderrahmen, in dauernde, selbständige Stellung gesucht.  
Verlag für Volkskunst u. Volksbildung  
Richard Reutel, Lehr i. B.

**Unsere Leser und Leserinnen**  
werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die **Inserenten des Volksfreund.**

## Durlacher Anzeigen.

**Zurgemeinde Durlach.**  
Am Freitag, den 14. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet in der Friedrichshul-Turnhalle für die Alters-Niege Turnen statt. Hierzu laden wir alle älteren Zurgemeinschaften ein, die gewonnen sind an der Alters-Niege teilzunehmen, mit der Bitte um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ein. 6550 Der Turnrat.

**Zur Aufklärung!**  
Es ist niemand von mir beauftragt, meine frühere werke Kundenschaft mit Del zu besuchen. Del ist nur in meinem Laden, Pfingstraße 77, erhältlich.  
Aug. Dold, Spezerei- u. Delhandlg.  
Durlach, Pfingstraße 77.

frisch eingetroffen!  
**Kaffee**  
Bremer halb-und-halb  
ohne Preisauflschlag.  
Aug. Dold, Spezerei- u. Delhandlg.  
Durlach, Pfingstraße 77. 6552

Durlach.  
Zeige den Eingang meiner **Herbst- u. Wintermuster**  
in nur guten Friedens-Qualitäten ergebenst an und halte mich bei Bedarf bestens empfohlen.  
Erstklassige Verarbeitung bei mässigen Preisen. 6442  
**A. Roll**  
Schneidermeister — Herrenstr. 18.

**Baden-Baden.**  
Käse-Abgabe.  
In der städtischen Molkerei, Bahnhofstr. 3, wird, solange Vorrat reicht, Vollmilchquart an die Bevölkerung abgegeben. 2348  
Stadt, Milchamt.

**Die Marx'sche Geschichts- u. Gesellschafts- u. Staatstheorie**  
Von Prof. Heinrich Cunow  
Zwei vornehme, starke Halbleinbände  
Eine auf die neueste Forschung gegründete **großzügige marxistische Soziologie**, wie sie bisher in der Literatur gänzlich fehlte!  
Der erste Band liegt bereits vor, der zweite folgt in den nächsten Monaten.  
Preis des ersten Bandes in Halbleinen gebunden M. 42,50 und Sortimentzuschlag  
**Bestellschein**  
Ich bestelle hiermit — Exempl.  
Name: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie / 2 Halbleinbände / Preis für den 1. Band M. 42,50 + 20%  
Bitte dieses Bestellschein bitten wir anzuschreiben und ausgefüllt sowie unterschrieben im Drucksaalwert einzufenden an:  
**Volksbuchhandlung Karlsruhe**  
Adlerstraße 16, Telefon 3701.

**Dr. Oetker's**  
**Puddingpulver**  
 in feinsten Friedensqualität ist wieder überall zu haben. Man achte darauf, daß man die echten Fabrikate mit der Schutzmarke Oetker's Heilkopf erhält.

**Wo kleidet sich**

DED. ELEGANT. HEDD.

**Zu mässigen Preisen?**

Unsere auf eigener Werkstätte hergestellte Bekleidung ist vollendet in Schnitt und Sitz sowie auch in Verarbeitung.

Grosse Auswahl in **Anzüge Raglan Ulster Beinkleider**

**Elegante Jünglings- und Knaben-Bekleidung**

**Erstklassige Mass-Schneiderei**  
 Große Auswahl in allen Stoffarten Verkauf auch meterweise

Im **Spezialhaus** für Herren-, Knaben- u. Sport-Bekleidung

**Mees & Löwe**  
 Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 46.

**Bad. Landestheater**  
 Donnerstag, 13. Okt.  
 7 bis 10 Uhr. 12. —  
 Theatergem. B. V. B.  
 Nr. 3101-3500 u. 1-400  
**Katte.**

**Städt. Fischhalle**  
 hinter dem Bierordbad  
 heute frisch eingetroffen  
**la Wildkaninchen**  
 küchenfertig, Pfd. M. 7.50.  
**Rabeljan, Scheffische, la Büchlinge,**  
 Max Schäfer. 6542  
 Telefon 4707 u. 4680.

**Zable hohen Preis**  
 für Kleider, Schuhe, Wäsche, Möbel, Pfand-schme, Federbetten, Vorhänge,  
**alte Gebisse, Platin, alte Gold- und Silber-Waren**  
**Frau Pflüger**  
 Diebstahlstr. 21. 6570  
 Die Reinigung der Obstbäume von Misteln bett.

Die Besitzer von Obstbäumen haben ihre von Misteln ergriffenen Bäume im Laufe des Monats November da. Is. zu reinigen. Die Reinigung geschieht, wenn die Mistel an der Spitze eines Astes sitzt, durch Wegschneiden der Spitze, wenn sie dagegen am oberen Teil eines Astes sitzt, dadurch, daß die Mistel mit einem scharfen Messer tief ausgehöhlet und die Schnittfläche sodann mit Steinölseife bestrichen wird.

In den ersten Tagen des Monats Dezember werden wir Nachschau halten lassen, ob diese Anordnung befolgt ist. Wo dies nicht geschehen ist, werden wir die Reinigung auf Kosten der säumigen Beträger lassen. Außerdem haben die Säumigen Beträger auf Grund des § 145, 1 R. St. G. B. und § 58 R. P. O. mit Geldstrafe bis zu 20 M. zu gewärtigen. 2346  
 Karlsruhe, den 10. Oktober 1921.  
 Bürgermeisteramt.

Mit Wirkung vom 12. Oktober 1921 gelten für den Stadtbezirk Karlsruhe einsehl. der Bezirke folgende mit der Metzger-Zunft vereinbarte Preise:

Rindfleisch je nach Güte mit Knochen	M. 10.— b. 14.—
Rindfleisch je nach Güte ohne Knochen	M. 12.50 b. 17.50
Kuhfleisch ohne Knochen	M. 7.— b. 8.—
Kalbfleisch je nach Güte mit Knochen	M. 13.— b. 15.—
Kalbfleisch je nach Güte ohne Knochen	M. 18.— b. 20.—
Schweinefleisch je nach Güte m. Knochen	M. 18.— b. 20.—
Schweinefleisch, frisch	M. 10.— b. 12.—
Reisfleisch	M. 5.—
Schinkenwurst	M. 14.—
Frankfurter Leberwurst, angeräuchert	M. 10.—
Feine Leberwurst, angeräuchert	M. 18.—
Leberwurst, gewöhnlich	M. 8.—
Wurstwurst, gewöhnlich	M. 8.—
Wurstwurst (Jungenwurst, Thüring. Rotwurst)	M. 18.— b. 20.—
Breihopf	M. 18.— b. 20.—
Bratwurst	M. 16.—
Grübenwurst mit Speck, geräuchert	M. 14.—
Schwarzwurst, weiß u. rot, geräuchert	M. 12.—
Wienerwürstchen	M. 18.—
Wettwurst	M. 24.— b. 26.—

Karlsruhe, den 12. Oktober 1921. 2347  
 Städtische Preisprüfungsstelle.  
 Nachschuß für Fleisch- und Wurstwaren.

**Kroko-Elite-Creme**  
 erhält die farbigen Schuhe in Weichheit, Glanz u. Farbe stets wie neu. Zu 12 modernen Farben in allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Alleinige Hersteller: Rudolf & Nehm, chem. Fabrik, Rastatt. 3241

Ein Wurf gesunde junge **Raninchen** billig abgegeben. 6549  
 Marienstr. 23 (Hof).

**Theodor Zenker**  
 Sport-Artikel Umformen alter Hüte  
 Kaiserstr. 61 gegenüb. der Hochschule  
 Hüte-macherei

**Schlafzimmer**  
 eichen, und eine Kücheneinrichtung, werden für 4525 Mark abgegeben. 6464  
**Möbelhaus Kahn, Waldstraße 22.**

**Sennerei**

**enerei**

DIE FÜHRENDE BAYERISCHE TAFEL-MARGARINE

VEREINIGTE MARGARINERWERKE NÜRNBERG  
 VORMERCH LANG & SÖHNE VORM. SALES & WOHU

**Sozialdemokratische Partei Karlsruhe.**  
 Sonntag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr  
 im oberen Saal des Städtischen Konzerthauses  
**Öffentliche Frauen-Versammlung**  
 Referentin:  
 Genossin Toni Pfaff, M. d. R., aus München.  
 Thema:  
**„Die Frauen und die Landtagswahlen.“**  
 Hierzu sind alle Frauen und Mädchen freundlichst eingeladen.  
 Freie Ansprache Der Vorstand.

**Kind**  
 6 Wochen alt, Mädchen, wird nur in gute Pflege gegeben, am liebsten auf Land. Adresse mit Nr. 6548 an das Volksfreundbüro.

**Haus**  
 mit sofort bezugsbarer Wohnung in der Durlacherstraße preiswert zu verkaufen. In ertragreichen Durlach, Behrstr. 19, 2. St., rechts. 6541

Einige guterhaltene **Hochzeitsanzüge** preiswert abgegeben.  
 Anzeigeb. 6544  
 Effenweinstr. 32, 2. St.

**Schuhmacher**  
 Nähmaschine, in gutem Zustande, billig zu verkaufen. 6553  
 Durlach, Adlerstr. 22.

Zu kaufen gesucht: **Khaki-Anzug** mögl. gut erhalt. Angeb. m. Preisangabe unt. Nr. 6560 a. d. Volksfreundbüro erb.

**Strickarbeit** wird angenommen  
 Suisenstr. 91, Stb. III.

Nach 10jähriger hiesiger Tätigkeit in der Allgemein-Praxis ordiniere ich jetzt als **Arzt für Haut- und Geschlechts-Krankheiten.**  
 Sprechstunden: 4 1/2-6 1/2 Uhr, Samstags 2-6 1/2 Uhr. Keine Krankenkassen.  
 Gartenstrasse 11, III. Fernruf 986.  
**Dr. Max Gumprich**  
 früher etatmäßiger Assistenz-Arzt der Univers.-Klinik für Haut- u. Geschlechts-Krankheiten zu Straßburg. 6540

**Wurm- u. Brankheiten** durch **Naturheilkunde** 20jährige Erfahrungen  
**Halenkuren Robert Schneider** (wissensch. gebildet)  
 Karlsruhe Kaiserstrasse 40 Tel. 1741  
 Sprechzeit 9 Uhr — 1-4 Uhr.

**Färbe zu Hause** nur mit **Heitmann's Farben** Marke „Fuchskopf im Stern“ **Einfach-Praktisch-Billig!**  
 Erhältlich in Drogeriehandlungen und einschl. Geschäften 6538

**Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.**  
 Ein Waggon **prima Weißkraut**  
 ist eingetroffen und werden die Mitglieder ersucht, das bestellte Quantum von morgen ab im Hauptgeschäft resp. in den Vorortverkaufsstellen abzuholen. 6545  
 Der Vorstand.

**Speditionsgeschäft Eugen von Steffelin**  
 Transport-Übernahmen und Expeditionen aller Art — Gütersammelverkehr — Zollabfertigung — Versicherungen gegen Transport-Diebstahl u. Feuerschäden.  
**Internationale Transporte**  
 Telefon 2 und 432. 6496

**Billige Hosen** feldgr. und andere Arbeits-hosen, Windjacken, Drillich- u. blaue Leinen-Anzüge, Leberreicher, Kniefalte, Samischen preiswert abzug. 6546  
 Mäler (Laden) Wendelschplatz

**Hüte** Sport-Artikel Umformen alter Hüte  
**Mützen** Hüte-macherei  
**Schirme** Hut-macherei  
**Stöcke** Hut-macherei

**Tanz-Lehr-Institut Braunagel** Nowacksanlage 13  
 Einzelerricht. jederzeit  
 Oktober-November  
 Beginn neuer Kurse für Vorgeschriftene u. Kurse f. Anfänger. Geß. Anmald. jeders.

**Baubund-Möbel**

Verkauf gegen Barzahlung

in folgender Ausführung den veränderten Verhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepaßt

Verkauf gegen Teilzahlung

bei der gemeinnützigen Kausratsgesellschaft  
**Badischer Baubund G. m. b. H.**  
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22.  
 Eßhaus Rondellplatz, Fernsprecher 5157. 6500  
 Täglich geöffnet: vormittags 8 bis nachmittags 6 Uhr.